

## Misstandsfeststellungen und Veranlassungen der Volksanwaltschaft 2022 Bundesverwaltung

Juli

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer des Rechtsmittelverfahrens Anzahl der berechtigten Beschwerden: 5	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren bzw. im Zusammenhang mit einer Säumnisbeschwerde. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Dauer der Aufenthaltstitelverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 29	Magistratsabteilung (MA) 35	Die MA 35 setzte in der Regel keine durchgehenden Schritte bzw. ließ zwischen Verfahrensschritten lange Zeit verstreichen. Dadurch kam es zu Verzögerungen, wobei Personalknappheit, organisatorische Mängel und eine große Anzahl an Anträgen keine rechtlich relevanten Begründungen sind. Neben der gesetzlichen Entscheidungsfrist von grundsätzlich sechs Monaten ist für gewisse Aufenthaltstitel (Aufenthaltsbewilligung „Student“) eine kürzere Entscheidungsfrist von 90 Tagen vorgesehen. Die Fristen wurden in zahlreichen Fällen nicht eingehalten.
COVID-19 Kurzarbeitsbeihilfe 2022-0.371.738 (VA/BD-AR/A-1)	Arbeitsmarktservice Niederösterreich (AMS NÖ)	Ein Vater stellte für seine Tochter eine persönliche Assistenz zur Unterstützung im Berufsleben an. Im Mai 2020 brachte er für die Assistenz einen Antrag auf Kurzarbeitsbeihilfe ein, den seine Steuerberatungskanzlei abwickelte. Im Juni 2020 genehmigte das AMS das Förderbegehren. Knapp zwei Jahre später teilte ihm die Behörde mit, dass er die Beihilfe zu Unrecht bezogen habe, da Dienstnehmende eines Privathaushaltes nicht förderbar seien. Nach Einschreiten der VA wurde die Sachlage nochmals geprüft: Die Kurzarbeitsbeihilfe war zwar zu widerrufen, aber nicht zurückzufordern. Der Betroffene hatte stets wahre Angaben gemacht und sich auf die positive Fördermitteilung verlassen. Das AMS räumte ein, bei der ursprünglichen Prüfung einen Fehler gemacht zu haben.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Keine Absonderung trotz positiver PCR-Testung 2022-0.397.081 (VA/BD-GU/A-1)	Magistratsabteilung (MA) 15	Ein Mann hatte im Februar 2022 trotz positiver PCR-Testung und Einhaltung der häuslichen Isolation für zehn Tage keinen Absonderungsbescheid erhalten. Nach Einschreiten der VA stellte die MA 15 dem Betroffenen nachträglich einen Absonderungsbescheid aus.
COVID-19 – Bescheid betreffend die Aufhebung der Absonderung 2021-0.794.297 (VA/BD-GU/A-1)	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) Bezirkshauptmannschaft (BH) Klagenfurt-Land	Nach Auffassung der VA war das Ende der Absonderung im gegenständlichen Fall mit dem Zeitpunkt zu verfügen, zu dem die Behörde Kenntnis vom negativen PCR-Testergebnis erlangte. Da die Absonderung im Bescheid erst mit Ablauf des betreffenden Tages aufgehoben wurde, stellte die VA einen Verwaltungsmissstand fest.
Rechtliche Qualifikation des BMSGPK-Erlasses zur Vorgangsweise bei Kontaktpersonen 2021-0.660.780 (VA/BD-GU/A-1)	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)	Das BMSGPK regelt in seinem Erlass zur „Behördliche[n] Vorgangsweise bei SARS-CoV-2 Kontaktpersonen: Kontaktpersonennachverfolgung“ detailliert, wie mit Kontaktpersonen von COVID-19-Fällen umzugehen ist. Die Behörden richten sich in ihrer Absonderungspraxis nach diesem Erlass. Die VA leitete ein amtswegiges Prüfverfahren ein, weil sie die Auffassung vertritt, dass es sich vor dem Hintergrund der VfGH-Judikatur bei besagtem „Erlass“ inhaltlich um eine korrekt kundzumachende Rechtsverordnung handelt, die der Kontrolle durch den VfGH unterliegt. Das BMSGPK geht jedoch nach wie vor von einem Erlass aus, der eine Präzisierung der rechtlichen Grundlage darstellt.
Ausstellung eines Fremdenpasses 2022-0.349.299 (VA/BD-I/C-1)	Bundesministerium für Inneres (BMI) Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Ein Mann beantragte im November 2020 die Ausstellung eines Fremdenpasses beim BFA. Das BFA setzte von Dezember 2020 bis Dezember 2021 keine relevanten Verfahrensschritte.
Aufenthaltstitel aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen – Verfahrensdauer 2022-0.329.211 (VA/BD-I/C-1)	Bundesministerium für Inneres (BMI) Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	In einem Verfahren zur Erteilung eines Aufenthaltstitels aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen nach dem Asylgesetz kam der Antragsteller einem Verbesserungsauftrag im Mai 2021 nach. Dennoch setzte das BFA bis Mai 2022 keine weiteren Verfahrensschritte. Gründe für den Stillstand von knapp einem Jahr nannte das BMI nicht.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Gebühren im Aufenthaltstitelverfahren 2022-0.131.556 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Aufenthaltstitelverfahren refundierte die MA 35 nicht die volle Gebühr, nachdem der Antrag zurückgezogen wurde. Nach einer Anfrage der VA stellte die MA 35 einen Fehler fest und erstatte der Antragstellerin den zu viel einbehaltenen Betrag.
Verfahrensdauer 2022-0.497.260 (VA/BD-J/B-1)	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Zur Behauptung, ein Verfahren sei seit über zwei Jahren anhängig, teilte das BVwG lediglich mit, dass mit einem Abschluss bis Jahresende gerechnet werden könne. Es war daher die vom Betroffenen angegebene Verfahrensdauer zugrunde zu legen. Das Fehlen der inhaltlichen Stellungnahme konnte nicht anders gedeutet werden, als dass das Verfahren vom BVwG nicht ausreichend betrieben wurde.
Personalmangel (VA/)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	In der Justizanstalt Wien-Josefstadt herrscht Personalmangel bei der Justizwache.
Familienbeihilfe 2022-0.223.921 (VA/BD-JF/A-1)	Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien (BMFFIM) Finanzamt (FA)	Da keine Nachweise über die Ausbildung übermittelt wurden, forderte die Behörde die Familienbeihilfe für mehr als ein Jahr zurück. Die Nachweise wurden jedoch aufgrund eines Todesfalls in der Familie nicht rechtzeitig eingereicht. Die VA bewirkte, dass die Rückforderung aufgehoben wird.
Erhöhte Familienbeihilfe 2022-0.103.508 (VA/BD-JF/A-1)	Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien (BMFFIM)	Die Behörde lehnte einen Antrag auf erhöhte Familienbeihilfe ab. Dagegen erhob die Betroffene im September 2021 Beschwerde. Nach Einleitung des Prüfverfahrens der VA entschied die Behörde erst im Juni 2022.
Kinderbetreuungsgeld 2021-0.723.712 (VA/BD-JF/A-1)	Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien (BMFFIM) Sozialversicherung der Selbständigen (SVS) Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK)	Personen, die mehrfach versichert sind, können bei der Antragstellung wählen, welcher Krankenversicherungsträger für das Kinderbetreuungsgeld zuständig ist. Eine Frau beantragte das Kinderbetreuungsgeld online bei der ÖGK. Den Antrag bearbeitete jedoch die SVS, womit die Betroffene auch Selbstbehalte zu zahlen hat. Das BMFFIM verweigert eine Richtigstellung.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
<p>Krankenversicherung – Kostenübernahme für Labienkorrektur</p> <p>2022-0.419.461 (VA/BD-SV/A-1)</p>	<p>Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK)</p>	<p>Eine Frau leidet an einer ausgeprägten Labienhypertrophie, die permanente körperliche Beschwerden verursacht und ihre Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Von ärztlicher Seite wurde eine operative Korrektur empfohlen. Ein Ansuchen an die ÖGK um Kostenübernahme wurde zunächst jedoch abgelehnt, weil der Eingriff nicht als Krankenbehandlung gewertet werden könne. Infolge des Einschreitens der VA wurde diese Einschätzung revidiert und die Maßnahme als notwendige Krankenbehandlung anerkannt.</p>
<p>Rückerstattung Wahlarthonorar – Bearbeitungsdauer</p> <p>2022-0.413.647 (VA/BD-SV/A-1)</p>	<p>Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK)</p>	<p>Eine Frau wartete bis zu vier Monate auf die Rückerstattung ihrer Wahlarthonorare. Sie stehe in psychiatrischer Behandlung und könne aufgrund ihrer prekären finanziellen Situation die weiteren Behandlungstermine nur bei zeitnaher Kostenerstattung wahrnehmen. Nach Einleitung eines Prüfverfahrens bedauerte die ÖGK die lange Wartezeit und gab an, in der Zwischenzeit sämtliche offenen Kostenerstattungsanträge der Betroffenen positiv erledigt zu haben.</p>
<p>Krankenversicherung – Kostenzuschuss zu HPV-Impfung (bei Erwachsenen)</p> <p>2022-0.343.460 (VA/BD-SV/A-1)</p>	<p>Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK)</p>	<p>Im Falle einer Frau war eine HPV-Impfung trotz Erreichen des Erwachsenenalters medizinisch angezeigt. Die ÖGK leistete zunächst keinen Kostenzuschuss, zumal die Betroffene keine vorherige Bewilligung eingeholt hatte. Nach dem Einschreiten der VA gewährte die ÖGK jedoch einen Zuschuss in Höhe von rund 350 Euro.</p>
<p>Heilstollen Bad Gastein</p> <p>2022-0.210.257 (VA/BD-SV/A-1)</p>	<p>Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK)</p>	<p>Die ÖGK bewilligte einem Mann zehn Heilstolleneinfahrten und gleichzeitig auch einen Kuraufenthalt. Die Reha-Einrichtung teilte ihm aber mit, dass die Heilstolleneinfahrten nicht während des Kuraufenthalts absolviert werden können. Nach Einleitung des Prüfverfahrens der VA klärte die ÖGK, dass der Betroffene die Heilstolleneinfahrten im Rahmen des Kuraufenthalts durchführen kann, und verlängert seine Kurbewilligung für sechs Monate.</p>

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
<p>Ablehnung einer ambulanten Therapie für Pensionistin 2022-0.209.471 (VA/BD-SV/A-1)</p>	<p>Pensionsversicherungsanstalt (PVA) Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK)</p>	<p>Die PVA lehnte einen Antrag auf eine ambulante Reha in Wohnortnähe mit der Begründung ab, dass diese Leistung nur Berufstätigen gewährt würde. Der Antrag wurde an die ÖGK abgetreten und dort mit der gleichen Begründung abgelehnt. Nach Einleiten des Prüfverfahrens der VA prüfte die ÖGK den Sachverhalt neu und bewilligte der Betroffenen eine ambulante Rehabilitation in der gewünschten Einrichtung.</p>
<p>Neuberechnung des Besoldungsdienstalters – Verfahrensdauer 2022-0.353.332 (VA/BD-UK/C-1)</p>	<p>Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)</p>	<p>Seit ihrer Pensionierung im Oktober 2020 bemühte sich eine Lehrerin um die Neuberechnung ihres Besoldungsdienstalters, um eine korrekte Pensionshöhe zu erzielen. Im Mai 2022 wandte sie sich wegen der Verfahrensverzögerung an die VA. Das BMBWF sicherte auf Anfrage der VA einen Verfahrensabschluss im vierten Quartal 2022 zu.</p>
<p>Austausch eines ausländischen Führerscheines – Verfahrensdauer 2022-0.401.845 (VA/BD-V/C-1)</p>	<p>Landespolizeidirektion Wien Verkehrsamt</p>	<p>Zu beanstanden war, dass das Verkehrsamt einen Antrag auf Austausch eines in der Schweiz ausgestellten Führerscheines vom Oktober 2021 erst im Mai 2022 erledigte. Die Behörde wies auf Gründe hin, die vom Antragsteller zu vertreten gewesen seien, was für die VA anhand des Verfahrensverlaufes aber nicht nachvollziehbar war.</p>
<p>Diakritische Sonderzeichen in Namen 2022-0.436.075 (VA/BD-WF/C-1)</p>	<p>Universität Wien</p>	<p>Das „Support Team“ der Universität Wien teilte einer Studentin mit, dass die Korrektur ihres Nachnamens unter Verwendung diakritischer Zeichen insbesondere in ihrem Bescheid über die Verleihung eines akademischen Grades nicht möglich sei, da die Sonderzeichen in der Datenbank nicht zur Verfügung stünden. Die Universitätsleitung sagte der VA zu, der Studentin unverzüglich korrigierte Dokumente zukommen lassen. Weiters würden Vorkehrungen getroffen, dass „technisch bedingte Abweichungen der Schreibweisen vom tatsächlichen Namen vor der Ausstellung von Studienunterlagen korrigiert werden“. Die offenkundig unrichtige Information des „Support Teams“ war zu beanstanden.</p>
<p>Beantwortung einer Anfrage 2022-0.157.874 (VA/BD-WF/C-1)</p>	<p>Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)</p>	<p>Das BMBWF beantwortete eine ergänzende Anfrage zur Auslegung des Universitätsgesetzes nicht. Unabhängig davon, ob die Eingabe eine Auskunftspflicht begründete, hielt die VA dazu fest, dass eine (nochmalige) klarstellende Reaktion des BMBWF im Sinne einer bürgerfreundlichen Verwaltung angemessenen gewesen wäre und allfällige weitere Rückfragen vermieden hätte.</p>

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
<p>Gehaltseinstufungen – Hochschule für Angewandte Kunst</p> <p>VA-BD-WF/0026-C/1/2019</p>	<p>Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)</p>	<p>An der früheren Hochschule für Angewandte Kunst in Wien kam es bei 13 Universitätsassistentinnen bzw. -assistenten in den Jahren 1994 bis 1996 zu fehlerhaften Gehaltseinstufungen. Richtig gestellt wurden diese erst 2016. Den Betroffenen wurde daher in mehr als 20 Dienstjahren ein zu niedriges Gehalt ausbezahlt. Dies wirkt sich auch auf die Ruhestandsbezüge aus. Einer Nachzahlung hielt das BMBWF als oberste Dienstbehörde die Verjährung sowie die Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit im Umgang mit öffentlichen Geldern entgegen. Die VA stellte fest, dass die Schadlosstellung der Betroffenen keine Mehrbelastung der öffentlichen Hand mit sich bringen würde, da es sich dabei um Bezüge handelt, die schon über Jahrzehnte auszuzahlen gewesen wären. Auch rechtlich stünde einer Auszahlung nichts entgegen. Dennoch verweigerte das BMBWF eine Lösung.</p>

## Mai - Juni

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer des Rechtsmittelverfahrens Anzahl der berechtigten Beschwerden: 11	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren bzw. im Zusammenhang mit einer Säumnisbeschwerde. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Dauer der Aufenthaltstitelverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 72	Magistratsabteilung (MA) 35	Die MA 35 setzte in der Regel keine durchgehenden Schritte bzw. ließ zwischen Verfahrensschritten lange Zeit verstreichen. Dadurch kam es zu Verzögerungen, wobei Personalknappheit, organisatorische Mängel und eine große Anzahl an Anträgen keine rechtlich relevanten Begründungen sind. Neben der gesetzlichen Entscheidungsfrist von grundsätzlich sechs Monaten ist für gewisse Aufenthaltstitel (Aufenthaltsbewilligung „Student“) eine kürzere Entscheidungsfrist von 90 Tagen vorgesehen. Die Fristen wurden in zahlreichen Fällen nicht eingehalten.
Finanz-Online 2022-0.214.705 (VA/BD-FI/B-1)	Bundesministerium für Finanzen (BMF)	Ein Steuerpflichtiger wandte sich an die VA und gab an, er habe Schwierigkeiten in Finanz-Online ein Formular zu verstehen. Es enthalte Paragraphen ohne weitere Angaben, welches Gesetz gemeint sei. Eine Überprüfung der VA ergab, dass jene Erläuterungen, die in der druckbaren Version des Formulars enthalten sind, in Finanz-Online fehlen. Das BMF reagierte umgehend und ergänzte die Angaben in der Onlineversion.
Kein Absonderungsbescheid trotz positiver PCR-Testung 2022-0.310.171 (VA/BD-GU/A-1)	Magistratsabteilung (MA) 15	Ein Minderjähriger wurde im März.2022 positiv auf COVID-19 getestet. Es erfolgte keine Kontaktaufnahme oder Ausstellung eines Absonderungsbescheides seitens der MA 15. Um Sonderbetreuungszeit in Anspruch nehmen zu können, benötigte die Mutter aber einen Absonderungsbescheid für ihren Sohn. Nach Überprüfung durch die VA stellte die MA 15 der Familie (nachträglich) einen Absonderungsbescheid aus.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Kein Absonderungsbescheid trotz positiver PCR-Testung 2022-0.278.759 (VA/BD-GU/A-1)	Magistratsabteilung (MA) 15	Ein Mann wurde im Jänner 2022 positiv auf COVID-19 getestet und verständigte die Wiener Gesundheitsbehörde. Er ersuchte mehrmals um einen Absonderungsbescheid zur Vorlage an den Arbeitgeber. Die MA 15 reagierte aber nicht, ordnete keine Absonderung an und unternahm auch sonst keine Kontaktversuche. Erst nach Einschreiten der VA stellte die MA 15 dem Betroffenen (nachträglich) einen Absonderungsbescheid aus.
Kein Absonderungsbescheid trotz positiver PCR-Testung 2022-0.248.814 (VA/BD-GU/A-1)	Magistratsabteilung (MA) 15	Ein Mann wurde Ende Februar 2022 positiv auf COVID-19 getestet und verständigte die Wiener Gesundheitsbehörde. Er ersuchte mehrmals um einen Absonderungsbescheid zur Vorlage an den Arbeitgeber. Die MA 15 reagierte aber nicht, ordnete keine Absonderung an und unternahm auch sonst keine Kontaktversuche. Erst nach Einschreiten der VA stellte die MA 15 dem Betroffenen (nachträglich) einen Absonderungsbescheid aus.
Kein Absonderungsbescheid trotz positiver PCR-Testung 2022-0.246.005 (VA/BD-GU/A-1)	Magistratsabteilung (MA) 15	Eine dreiköpfige Familie wurde im Februar bzw. März 2022 positiv auf COVID-19 getestet. Sie kontaktierte die MA 15 mehrmals. Trotzdem erließ die Behörde keine Absonderungsbescheide, unternahm auch sonst keine Ermittlungen (Kontaktpersonennachverfolgung etc.) oder Veranlassungen. Erst nach Einschreiten der VA stellte die MA 15 der Familie (nachträglich) Absonderungsbescheide aus.
Verwechslung eines (positiven) COVID-19-Testergebnisses 2022-0.230.766 (VA/BD-GU/A-1)	Bezirkshauptmannschaft (BH) Feldkirch	Die BH Feldkirch stellte einem Mann im März 2022 einen Absonderungsbescheid aufgrund einer COVID-19-Infektion aus. Gegenüber der VA gab der Betroffene aber an, sich nach seiner dritten Impfung seit Wochen keiner Testung unterzogen zu haben. Somit könne er sich das vermeintlich positive Ergebnis und die Absonderung nicht erklären. Das Prüfverfahren der VA ergab, dass es aufgrund des großen Andrangs zu einer falschen Zuordnung der positiven Testung kam und diese einen Namensvetter betraf. Nach Vorliegen eines erwartungsgemäß negativen Ergebnisses einer Nachtestung konnte der Mann aus der Absonderung entlassen werden.



Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
<p>Absonderung in der Schulklasse mittels Elternbrief 2021-0.797.253 (VA/BD-GU/A-1)</p>	<p>Magistratsabteilung (MA) 15</p>	<p>Die MA 15 hatte anstatt vieler individueller Absonderungsbescheide nur einen Bescheid zur Teilsperre der Klasse gem. § 18 EpiG erlassen. In einem pauschal an alle „Obsorgeberechtigten“ einer Klasse gerichteten Elternbrief wies sie zudem auf die Einstufung der Kinder als K-1-Kontakt hin und „verpflichtete“ diese zur Einhaltung einer Heimquarantäne. Die Vorgehensweise der MA 15 war nicht gesetzeskonform. Einerseits sind Gesundheitsbehörden bei Infektionsfällen verpflichtet, Maßnahmen zur Verhinderung der Weiterverbreitung zu setzen. Eine Teilsperre verpflichtet aber lediglich die Schule und nicht die einzelnen Kinder. Inhaltlich wollte die MA 15 zwar Absonderungen verfügen, was aber aus Ressourcengründen nicht passierte. Andererseits erweckte der (rechtlich nicht verbindliche) „Elternbrief“ bei den Eltern den Anschein, dass den Kindern eine Absonderung auferlegt werde. Hierfür hätte die MA 15 aber individuelle Absonderungsbescheide erlassen müssen. Die VA forderte die Stadt Wien daher auf, die Praxis „Elternbrief statt Absonderungsbescheid“ einzustellen und bei aufgetretenen Infektionsfällen im Einklang mit § 7 Abs 1a EpiG vorzugehen.</p>
<p>(Nicht-)Anerkennung von Schul-PCR-Tests für die Freitestung eines Schülers 2021-0.749.052 (VA/BD-GU/A-1)</p>	<p>Bürgermeister der Stadt Graz</p>	<p>Eine Mutter wandte sich an die VA, nachdem ihr Sohn aufgrund des Kontakt zu einem COVID-19-positiven Schülers abgesondert worden war. Die Absonderung wurde am 18. Oktober 2021 verfügt, eine Freitestung wäre rechtlich aber bereits ab dem Vortag möglich gewesen. Nachdem der Schüler bis dahin regulär die Schule besucht hatte, nahm er auch am routinemäßigen Schul-PCR-Test teil. Das negative Ergebnis galt jedoch nicht als Freitestung. Laut dem Land Stmk werde die Testqualität nicht gleichwertig, da die Schultest von den Kindern selbst durchgeführt werden. Bei amtlichen PCR-Test erfolgt die Abnahme hingegen von ausgebildetem Personal. Im Alltag seien die Schul-PCR-Tests ein geeignetes Mittel für einen weitgehend sicheren Schulbesuch. Für die Freitestung einer ansteckungsverdächtigen Person seien sie aber nicht verlässlich genug. Daher konnte die VA in Bezug auf die Absonderung und Freitestung des Schülers keine fehlerhafte Vorgehensweise des Gesundheitsamtes Graz feststellen. Zu beanstanden waren hingegen die Fehlenskünfte, die die Mutter erhalten hatte. Laut telefonischer Auskunft wäre eine Freitestung erst ab 19. Oktober 2021 möglich gewesen und der Schul-PCR-Test würde nach schriftlicher Anfrage anerkannt.</p>

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
COVID-19-Absonderung 2021-0.589.062 (VA/BD-GU/A-1)	Magistratsabteilung (MA) 15 Bezirkshauptmannschaft (BH) Oberpullendorf	Ein in Wien berufstätiger und im Burgenland wohnhafter Mann wandte sich an die VA. Nachdem sein Arbeitskollege positiv auf COVID-19 getestet wurde, schickte die MA 15 die restlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Kontaktpersonen „nachhause“. Dieser „Anordnung“ folgte auch der Betroffene. Tage später erfuhr er von der (örtlich zuständigen) BH Oberpullendorf, dass er nach deren Ermittlungen lediglich als K-2-Kontakt eingestuft und folglich nicht abgesondert wurde. Die VA setzte sich für eine bürgerfreundliche Lösung ein und erreichte bei der BH Oberpullendorf schließlich eine nochmalige Überprüfung der Sachlage und Erlassung eines Feststellungsbescheides über die Absonderung.
Asyl – Dauer des erstinstanzlichen Verfahrens 2022-0.268.868 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Ein Mann stellte im Juni 2021 einen Antrag auf internationalen Schutz. Mitte Juni erfolgte die Erstbefragung. Das BFA setzte von September 2021 bis Mai 2022 keine sichtbaren Verfahrensschritte. Im Mai 2022 erkannte ihm das BFA letztendlich den Status als subsidiär Schutzberechtigter zu. Zusätzliche Kontrollmechanismen beim BFA sollen derartige Verzögerungen künftig vermeiden.
Personenstand – Berichtigungsverfahren 2022-0.248.423 (VA/BD-I/C-1)	Bundesministerium für Inneres (BMI) Standesamtsverband Salzburg	Die VA beanstandete, dass der örtlich unzuständige Standesamtsverband Salzburg einen Berichtigungsantrag samt Niederschrift nicht an das zuständige Standesamt Wien-Zentrum weiterleitete. Dies führte zu einem Verfahrensstillstand von siebeneinhalb Monaten.
Asyl – Dauer des erstinstanzlichen Verfahrens 2022-0.238.223 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) Landespolizeidirektion (LPD) Steiermark	In einem Asylverfahren stellte das BFA den syrischen Personalausweis des Antragstellers sicher und übermittelte diesen zur Echtheitsüberprüfung an die LPD. Erst vier Monate später langte der diesbezügliche Untersuchungsbericht beim BFA ein. Die Behörde begründete die Verzögerung mit einem Rückstand bei der Dokumentenüberprüfung.
Asyl – Dauer des erstinstanzlichen Verfahrens 2022-0.227.291 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) Landespolizeidirektion (LPD) Steiermark	In einem Asylverfahren stellte das BFA den syrischen Reisepass des Antragstellers sicher und übermittelte diesen zur Echtheitsüberprüfung im Oktober 2021 an die LPD. Erst vier Monate später langte der diesbezügliche Untersuchungsbericht beim BFA ein. Die Behörde begründete die Verzögerung mit einem Rückstand bei der Dokumentenüberprüfung.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer des erstinstanzlichen Verfahrens 2022-0.216.991 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) Landespolizeidirektion (LPD) Steiermark	In einem Asylverfahren stellte das BFA den syrischen Personalausweis des Antragstellers sicher und übermittelte diesen zur Echtheitsüberprüfung im November 2021 an die LPD. Erst vier Monate später langte der diesbezügliche Untersuchungsbericht beim BFA ein. Die Behörde begründete die Verzögerung mit einem Rückstand bei der Dokumentenüberprüfung.
Asyl – Dauer des erstinstanzlichen Verfahrens 2022-0.200.646 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	In einem Verfahren zur Familienzusammenführung nach dem Asylgesetz setzte das BFA zwischen Oktober 2021 und März 2022 keine Verfahrensschritte und beantwortete Anfragen zum Verfahrensstand nicht. Das BMI sagte zu, Maßnahmen zur künftig besseren Kommunikation im BFA zu setzen.
Asyl – Dauer des erstinstanzlichen Verfahrens 2022-0.183.821 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	In einem Asylverfahren auf Erteilung eines Aufenthaltstitels „besonderer Schutz“ setzte das BFA zwischen Antragstellung im August 2020 und einer Ladung zur Einvernahme im April 2022 keine Verfahrensschritte. Gründe für den 19-monatigen Stillstand im Verfahren nannte die Behörde nicht.
Asyl – Dauer des erstinstanzlichen Verfahrens 2022-0.159.464 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Eine Mutter stellte für ihr in Österreich nachgeborenes Kind einen Antrag auf internationalen Schutz. Das Verfahren kam zwischen September und Dezember 2021 zum Stillstand. Gründe für einen möglichen rechtfertigenden Aufschub nannte die Behörde keine.
Asyl – Dauer des erstinstanzlichen Verfahrens 2022-0.095.471 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Im Jänner 2022 nahm das BFA einem Mann die Karte für Asylberechtigte ab, stellte jedoch wegen einer unzutreffenden Rechtsansicht keine neue Karte aus. Im Zuge des Prüfverfahrens wurde der Irrtum aufgedeckt, die Mitarbeiter auf die korrekte Vorgehensweise hingewiesen und die Karte ausgestellt.
Asyl – Dauer des erstinstanzlichen Verfahrens 2022-0.091.995 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) Landespolizeidirektion (LPD) Steiermark	In einem Asylverfahren stellte das BFA die Dokumente des Antragstellers sicher und übermittelte diese – bereits mit Verzögerung – zur Echtheitsüberprüfung Ende 2021 an die LPD. Erst im Februar 2022 langte der diesbezügliche Untersuchungsbericht beim BFA ein. Die Behörde begründete die dortige Verzögerung mit einem Rückstand bei der Dokumentenüberprüfung.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – mangelhafte Kommunikation 2021-0.840.395 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) Landespolizeidirektion (LPD) Wien	Ein Mann beantragte im Juni 2019 eine Aufenthaltskarte. Die MA 35 ersuchte noch im selben Monat das BFA um Information zu einem Aufenthaltsbeendungsverfahren. Erst im März 2020 – die MA 35 hatte bis dahin nie nachgefragt – teilte das BFA mit, dass sie kein solches Verfahren geführt hat. Im Mai 2020 ersuchte die MA 35 die LPD um Überprüfung der Ehe, die die Überprüfung innerhalb der Frist vornahm, der MA 35 aber den Bericht nicht übermittelte. Die MA 35 urgierte den Bericht erst im Jänner 2022, ohne in der Zwischenzeit Verfahrensschritte gesetzt zu haben und beantwortete Anfragen des Antragstellers nicht. Die Urgenz vom Jänner 2022 ging bei der LPD außerdem nicht ein. An der Verfahrensverzögerung waren somit alle Behörden beteiligt.
Melderecht – Geschlechtsbezeichnung 2021-0.497.696 (VA/BD-I/C-1)	Bundesministerium für Inneres (BMI)	Eine Person beklagte eine falsche Geschlechtsbezeichnung auf einer Meldebestätigung. Auf entsprechende Anfragen reagierte das BMI nicht. In Hinblick darauf, dass das BMI die Person kurz nach Einleitung des Prüfverfahrens informierte, sah die VA diesen Beschwerdepunkt als behoben an. Aufgrund der geltenden Rechtslage ist die von der Person gewünschte Korrektur der Meldebestätigung nicht möglich. Die VA regte im Sinne einer adäquaten Bezeichnung intergeschlechtlicher Personen im Meldewesen an, das BMI möge sich verstärkt für eine Gesetzesänderung einsetzen.
Verfahrensdauer 2022-0.279.457 (VA/BD-J/B-1)	Landesverwaltungsgericht Steiermark	Das Landesverwaltungsgericht ist verpflichtet, soweit durch Bundes- oder Landesgesetz nichts anderes bestimmt ist, über verfahrenseinleitende Anträge von Parteien und Beschwerden ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber sechs Monate nach deren Einlangen zu entscheiden. Im gegenständlichen Fall ist das Verfahren seit 18 Monaten anhängig und es hat keine Verhandlung stattgefunden.
Strafvollzug 2022-0.240.049 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Laut Strafvollzugsgesetz sind Strafvollzugsgefangene binnen sechs Wochen zu klassifizieren. Im gegenständlichen Fall dauerte es drei Monate und sieben Tage bis zur Klassifizierungsentscheidung.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Strafvollzug 2022-0.066.982 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Positiv getestete sowie „K1-Insassen“ einer Justizanstalt wurde es verwehrt, die Abteilungsdusche aufzusuchen. Der VA wurde dargelegt, dass diese Insassen dennoch über warmes Wasser und über zusätzliche Hygieneartikel verfügten. Die explizite Aufforderung der VA, den Unterschied zu Insassen in Justizanstalten darzustellen, in denen dennoch weiterhin warme Brausebäder ermöglicht wurden, blieb jedoch unbeantwortet.
Strafvollzug 2020-0.537.582 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Die Auswertung von Klassifizierungsentscheidungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einem amtswegigen Prüfverfahren ergab, dass die Mehrheit der Entscheidungen die im Gesetz vorgesehene sechswöchige Frist überschreitet. Das BMJ sagte Bemühen zu, betonte allerdings auch, dass in jedem Fall eine individuelle Entscheidung getroffen werde, die mitunter auch mehr Zeit in Anspruch nehme.
Kinderbetreuungsgeld 2022-0.340.595 (VA/BD-JF/A-1)	Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) – Wien Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien (BMFFIM)	In einem grenzüberschreitenden Fall traf die Behörde eine Entscheidung über das Kinderbetreuungsgeld erst zwei Jahre nach Antragstellung.
Kinderbetreuungsgeld 2022-0.210.034 (VA/BD-JF/A-1)	Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) – Wien Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien (BMFFIM)	Eine Mutter eines kleinen Kindes, die in Österreich lebt und arbeitet, erhielt nach einigen Monaten kein Kinderbetreuungsgeld mehr. Erst nach längerem Warten wurde ihr der Grund dafür mitgeteilt: Die ÖGK prüfe, ob der im EU-Ausland lebende Kindesvater berufstätig ist, womit aus Sicht der ÖGK ein anderer EU-Staat primär zuständig wäre, da die Mutter nun hier nur geringfügig beschäftigt ist. Obwohl sie dazu eine Bestätigung der dortigen Behörde über die Nichtbeschäftigung des Vaters vorlegte, wurde diese nicht anerkannt. Nach Einschaltung der VA teilte die ÖGK mit, dass die Bestätigung nun eingelangt ist und die Mutter das fehlende Kinderbetreuungsgeld erhalten wird.
Familienbeihilfe 2022-0.052.788 (VA/BD-JF/A-1)	Finanzamt (FA)	Nach Auszug aus der elterlichen Wohnung beantragte ein junger Mann Familienbeihilfe für sich selbst. Er erhielt die Leistung aber erst beginnend mit dem sechsten Monat nach seinem Auszug. Nach Einschaltung der VA erhielt er auch die Familienbeihilfe für die fehlenden fünf Monate.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Ablehnung einer Rehabilitation 2022-0.372.978 (VA/BD-SV/A-1)	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)	Erst nach Einschreiten der VA bewilligte die PVA ein Ansuchen auf Rehabilitation am NRZ Rosenhügel.
Ablehnung eines Heilverfahrensantrags 2022-0.317.967 (VA/BD-SV/A-1)	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)	Eine Frau leidet an neurologischen Ausfällen und symptomatischer Epilepsie infolge zweier Infarkte. Sie ist zudem auf den Rollstuhl angewiesen. In der Vergangenheit hätten stationäre Rehabilitationsaufenthalte, zuletzt im Jahr 2020, stets eine wesentliche Verbesserung ihres Zustands gebracht. Die PVA lehnte zunächst einen weiteren Heilverfahrensantrag Anfang 2022 ab. Nach Einschreiten der VA wurde er letztlich doch bewilligt.
Weitergewährung der Berufsunfähigkeitspension statt einer Korridor pension 2022-0.293.211 (VA/BD-SV/A-1)	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)	Ein Mann bezog eine befristet gewährte Berufsunfähigkeitspension. Er wollte die Korridor pension beantragen. Ein Mitarbeiter der PVA erklärte ihm aber, dass dies nicht möglich sei. Er müsse die Weitergewährung der Berufsunfähigkeitspension beantragen. Da er den ersten Untersuchungstermin wegen COVID-19 nicht wahrnehmen konnte, erhielt er den nächsten Termin erst vier Monate später, weshalb er sich an die VA wandte. Die VA konnte klären, dass dem Betroffenen die Korridor pension zusteht, die auch höher ist. Die Untersuchungstermine wurden storniert. Die Falschauskunft hinsichtlich der Korridor pension stellt einen Missstand dar.
Überweisung des Krankengeldes auf ein altes Konto 2022-0.278.686 (VA/BD-SV/A-1)	Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK)	Die ÖGK überwies einer Frau Krankengeld von rund 1.300 Euro auf ein altes Konto und weigerte sich, die Überweisung zu widerrufen. Auf das alte Konto hatte die Betroffene keinen Zugriff mehr. Sie versicherte gegenüber der VA, der ÖGK die neue Kontoverbindung bereits zweimal bekanntgegeben zu haben. Zwischenzeitlich sei ihr auf dieses Konto auch Krankengeld überwiesen worden. Nach Einleitung eines Prüfverfahrens veranlasste die ÖGK einen Widerruf und überwies das Krankengeld auf das neue Konto. Die ÖGK gab allerdings an, dass eine Bekanntgabe der neuen Kontoverbindung erst nachträglich erfolgt sei.
PVA verweigert Rehaaufenthalt 2022-0.263.354 (VA/BD-SV/A-1)	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)	Ein Mann hat Multiple Sklerose und fährt seit vielen Jahren einmal pro Jahr nach Bad Radkersburg auf Kur. Im Oktober 2021 lehnte die PVA einen neuerlichen Kurantrag mit der Begründung ab, dass keine anhaltende Besserung erreicht werden könne. Nach Einschreiten der VA erklärte die PVA, dass die Kur in Bad Radkersburg nun doch bewilligt worden sei.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Begleitperson für stationären Rehabilitationsaufenthalt 2022-0.261.242 (VA/BD-SV/A-1)	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)	Ein Mann suchte um Bewilligung eines (onkologischen) Rehabilitationsaufenthaltes an, der auch erteilt wurde. Aufgrund seines schlechten Allgemeinzustandes und mangelnder Gehfähigkeit teilte die Rehabilitationseinrichtung mit, dass ein Aufenthalt ausschließlich mit einer Begleitperson erfolgen könne. Ein entsprechender Antrag auf Übernahme der Kosten für die Gattin als Begleitperson lehnte die PVA aber zunächst ohne schlüssige Begründung ab. Nach Einschreiten der VA und nochmaliger chefarztlicher Prüfung wurde die Entscheidung revidiert und die Kosten wurden nachträglich übernommen.
Dauer des Pensionsverfahrens 2022-0.259.574 (VA/BD-SV/A-1)	Pensionsversicherungsanstalt (PVA) Sozialversicherung der Selbständigen (SVS)	Eine Frau musste zehn Monate auf ihren abschließenden Pensionsbescheid warten. Die PVA verwies auf die SVS, die auf Anfragen zeitverzögert geantwortet habe.
Pflegegeld 2022-0.238.085 (VA/BD-SV/A-1)	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)	Eine schwer krebserkrankte Patientin erhielt nur Pflegegeld der Stufe 1. Die VA erreichte eine Berichtigung des Bescheides und eine rückwirkende Anerkennung von Pflegegeld der Stufe 2.
Ablehnung ambulanter Rehabilitationsmaßnahme 2022-0.179.653 (VA/BD-SV/A-1)	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)	Während einer stationären Rehabilitation bot die PVA einem Mann eine ambulante Anschlussrehabilitation an. Letztlich wurde diese aber abgelehnt, da die „Entfernungsregelung“ überschritten wurde. Laut PVA kann diese nur bewilligt werden, wenn zwischen dem Wohn- bzw. Beschäftigungsort und der Vertragseinrichtung zur Absolvierung der Reha maximal 50 km liegen. Aufgrund des abgeschiedenen Wohnortes des Betroffenen stand keine Vertragseinrichtung innerhalb dieser Entfernung zur Verfügung. Die VA erreichte, dass die PVA weitere Möglichkeiten prüfte und bewerkstelligte schließlich eine Therapie in einem nahe gelegenen Gesundheitszentrum auf Kosten des Krankenversicherungsträgers.
Irrtümliche Kostenvorschreibung für COVID-19-Test 2022-0.172.043 (VA/BD-SV/A-1)	Sozialversicherung der Selbständigen (SVS)	Auf eine behördliche Aufforderung unterzog sich ein Mann als K2-Person einem PCR-Test. Die SVS verrechnete ihm dafür einen Selbstbehalt von rund 27 Euro. Nach Einschaltung der VA wurde diese irrtümliche Vorschreibung storniert und der Betrag dem Betroffenen wieder rückgebucht.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Dienstrecht – Behandlung einer Bewerbung 2022-0.097.995 (VA/BD-SV/A-1)	Sozialministeriumservice (SMS) Bundesstelle Wien	Die geprüfte Stelle konnte der VA nicht schlüssig darlegen, weshalb ein Mann trotz seiner Qualifikationen zu keinem Eignungstest eingeladen wurde.
Parkausweis für (Uro-)Stomaträgerinnen und -träger 2021-0.707.975 (VA/BD-SV/A-1)	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)	Im Zuge einer amtswegigen Prüfung regte die VA an, die Verordnung des BMSGPK über die Ausstellung von Behindertenpässen und Parkausweisen zu konkretisieren: Anhaltend schwere Erkrankungen des Verdauungstraktes sollen als solche explizit in die Aufzählung der Bestimmung aufgenommen werden. Damit könnte eine Einzelfallprüfung durch die Erstbehörde entfallen. Dies insbesondere da Menschen, die infolge einer schweren Erkrankung über eine (Uro-)Stomaversorgung verfügen, abgesehen von ihren massiven körperlichen Einschränkungen auch einem großen psychischen Leidensdruck ausgesetzt sind. Das BMSGPK führte aus, dass eine Änderung der Verordnung nicht angedacht sei. Allerdings sei im Erlassweg festgelegt, dass die Verwaltungsbehörde beurteilen könne, inwieweit die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel für Betroffene zumutbar sei. Auf diesen Erlass sei das SMS aus Anlass des Prüfverfahrens der VA nochmals mit Nachdruck hingewiesen worden.
Nichtbeantwortung einer Eingabe 2022-0.095.374 (VA/BD-U/C-1)	Landeshauptmann (LH) von Salzburg (Sbg)	Ein Mann ersuchte den Sbg LH im Juli 2021 um Hilfe im Zusammenhang mit dem Ersatz von Schäden an seinem Haus, die er auf die Errichtung zweier Strommasten der „380-kV-Salzburgleitung“ zurückführte. Zuvor hatte die Austrian Power Grid AG als Bauherrin die Schadenshaftung außergerichtlich abgelehnt. Nachdem der Mann keine Antwort des Sbg LH erhalten hatte, wandte er sich an die VA. Die VA beanstandete die Nichtbeantwortung der Eingabe.
Neuberechnung des Besoldungsdienstalters 2022-0.277.381 (VA/BD-UK/C-1)	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)	Eine Lehrerin wartete seit Frühjahr 2021 auf eine Entscheidung über die Neuberechnung ihres Besoldungsdienstalters. Im April 2022 wandte sie sich an die VA, da immer noch kein Verfahrensabschluss absehbar war. Das BMBWF bedauerte nach Einschreiten der VA die Verfahrensverzögerung und sicherte eine Erledigung bis zum dritten Quartal 2022 zu.



Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Benachteiligung bei Benotung 2021-0.258.869 (VA/BD-UK/C-1)	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)	Einem HAK-Schüler aus Oberösterreich wurde als einzigem Schüler in der Klasse im Religionsunterricht der Auftrag erteilt, eine Fernsehdokumentation über „Verschwörungsmythen“ anzusehen und darüber zu referieren. Dieser Auftrag hatte insofern einen stigmatisierenden Effekt, als er suggerierte, der Schüler wäre anfällig für „Verschwörungsmythen“. Auch konnte das BMBWF nicht hinreichend sachlich begründen, weshalb er nur die Note „Gut“ in Religion erhielt.
Austausch eines deutschen Führerscheins 2022-0.309.137 (VA/BD-V/C-1)	Landespolizeidirektion (LPD) Wien Verkehrsamt	Zu beanstanden war, dass die LPD Wien die Antragstellerin nicht zeitnah darüber informierte, dass neben einer amtsärztlichen Untersuchung auch die Ablegung einer praktischen Fahrprüfung zur Erlangung eines österreichischen Führerscheines notwendig sein würde, da die in Deutschland erteilte Lenkberechtigung mehr als 18 Monate entzogen war.

## April

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer des Rechtsmittelverfahrens Anzahl der berechtigten Beschwerden: 12	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren bzw. im Zusammenhang mit einer Säumnisbeschwerde. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Dauer der Aufenthaltstitelverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 48	Magistratsabteilung (MA) 35	Die MA 35 setzte in der Regel keine durchgehenden Schritte bzw. ließ zwischen Verfahrensschritten lange Zeit verstreichen. Dadurch kam es zu Verzögerungen, wobei Personalknappheit, organisatorische Mängel und eine große Anzahl an Anträgen keine rechtlich relevanten Begründungen sind. Neben der gesetzlichen Entscheidungsfrist von grundsätzlich sechs Monaten ist für gewisse Aufenthaltstitel (Aufenthaltsbewilligung „Student“) eine kürzere Entscheidungsfrist von 90 Tagen vorgesehen. Die Fristen wurden in zahlreichen Fällen nicht eingehalten.
Kurzarbeitsbeihilfe für Pensionisten – Rückforderung 2022-0.169.117 (VA/BD-AR/A-1)	Arbeitsmarktservice (AMS) Salzburg	Obwohl in den maßgeblichen COVID-19-Kurzarbeitsrichtlinien des AMS für die ersten Phasen der Kurzarbeit keine entsprechende Einschränkung der Anspruchsberechtigung vorgesehen war, forderte das AMS Kurzarbeitsbeihilfe zurück, die ein Dienstnehmer parallel zu einer Alterspension bezogen hatte. Infolge des Einschreitens der VA stornierte das AMS die Rückforderung.
COVID-19 – Keine Absonderung trotz positiver PCR-Testung 2022-0.245.989 (VA/BD-GU/A-1)	Magistratsabteilung (MA) 15	Eine Frau machte nach erstmals positiver Testung auf SARS-CoV-2 zwei weitere (positive) Gurgeltests. Sie informierte die MA 15 per E-Mail darüber und ersuchte mehrfach um Ausstellung eines Absonderungsbescheids. Dennoch setzte sich die MA 15 weder telefonisch, noch per E-Mail oder postalisch in Verbindung und setzte somit keine Maßnahmen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von COVID-19. Nach Einschreiten der VA stellte die MA 15 der Betroffenen rückwirkend einen Absonderungsbescheid aus.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
<p>HIV-Unterstützungsfonds – Zahlungsverzug Bund 2022-0.187.038 (VA/BD-GU/A-1)</p>	<p>Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)</p>	<p>Ein Mann wurde in den 1980er-Jahren über eine Blutkonserve mit dem HI-Virus infiziert. Seit 1995 bezieht er eine monatliche Entschädigungsleistung aus dem HIV-Unterstützungsfonds. Diese erfolgt über unterschiedliche Fördergeber. Der Betroffene beklagte der VA gegenüber einen Zahlungsverzug des BMSGPK der für Februar und März 2022 zustehenden Monatsbeträge. Die Prüfung der VA ergab, dass es aufgrund der Pandemie bzw. aufgrund von Personalausfällen zu Verzögerungen gekommen sei. Das BMSGPK holte die Zahlungen umgehend nach und versicherte, dass diese künftig wieder zeitgerecht erfolgen würden.</p>
<p>COVID-19 – Absonderungsbescheid mit falschem Absonderungszeitraum 2022-0.177.742 (VA/BD-GU/A-1) 2022-0.177.719 (VA/BD-GU/A-1)</p>	<p>Magistratsabteilung (MA) 15</p>	<p>Für ein Ehepaar wurden Absonderungsbescheide für einen falschen Zeitraum ausgestellt. Trotz mehrmaliger Kontaktversuche mit der Behörde bekam das Ehepaar keine Rückmeldung bzw. wurde keine Korrektur der Bescheide veranlasst. Nach Einleitung eines Prüfverfahrens sagte die Stadt Wien zu, die Bescheide zu korrigieren.</p>
<p>COVID-19 – Fehlender Absonderungsbescheid 2022-0.172.024 (VA/BD-GU/A-1)</p>	<p>Magistratsabteilung (MA) 15</p>	<p>Die Behörde sonderte einen Mann aufgrund einer COVID-19-Infektion ab. Bei einer Freitestung wurde festgestellt, dass er immer noch (hoch-)ansteckend war. Daraufhin verlängerte die für die MA 15 tätige Epidemieärztin die Absonderung telefonisch um zwei Wochen. Ein Absonderungsbescheid wurde dem Betroffenen – trotz zahlreicher Urgezen – nicht ausgestellt. Nach Einschreiten der VA wurde dem Mann schließlich eine amtliche Bestätigung ausgestellt.</p>
<p>COVID-19 –Elternbrief statt Absonderungsbescheid 2022-0.120.615 (VA/BD-GU/A-1)</p>	<p>Magistratsabteilung (MA) 15</p>	<p>Nachdem in der Schule der Tochter ein COVID-19-Infektionsfall aufgetreten war, wurde diese mittels „Elternbrief“ abgesondert. Da der Arbeitgeber des Vaters diesen Elternbrief nicht akzeptierte, ersuchte der Betroffene mehrfach um Ausstellung eines Absonderungsbescheides. Nach Einleitung eines Prüfverfahrens veranlasste die MA 15 eine nachträgliche Ausstellung des Absonderungsbescheides.</p>
<p>Fremdenpass 2022-0.190.941 (VA/BD-I/C-1)</p>	<p>Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)</p>	<p>In einem Verfahren auf Ausstellung eines Fremdenpasses verständigte das BFA den Antragsteller im Oktober 2021 vom Ergebnis der Beweisaufnahme. Die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme verstrich ungenutzt. In der Folge stand das Verfahren still und das BFA setzte erst nach Einschreiten der VA im März 2022 das Verfahren fort.</p>

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Rückkehrentscheidung – Verfahrensdauer 2022-0.107.879 (VA/BD-I/C-1)	Verwaltungsgerichtshof (VwGH)	Ein Mann erhob gegen ein im März 2020 schriftlich ausgefertigtes Erkenntnis des Bundesverwaltungsgerichts außerordentliche Revision an den VwGH. Im Mai 2022 war das Verfahren noch immer anhängig, wobei der VwGH bis auf die Einleitung des Vorverfahrens keine erkennbaren Verfahrensschritte setzte. Der VwGH stellte allerdings eine zeitnahe Entscheidung in Aussicht.
Verzögerte Auskunftserteilung 2022-0.085.091 (VA/BD-I/C-1)	Bundesministerium für Inneres (BMI) Einwohner- und Standesamt Salzburg, Meldebehörde	Eine Frau beklagte, dass die Meldebehörde untätig geblieben sei, obwohl sie auf ein Meldevergehen hingewiesen habe. Das BMI teilte mit, dass ihr die Meldebehörde mangels Parteistellung die Auskunft verweigere. Es informierte die Behörde aber, dass Hinweisgebenden im Melderecht der Stand des Abmeldeverfahrens allgemein mitzuteilen ist und ersuchte dies nachzuholen. Zusätzlich teilte das BMI mit, dass die Behörde noch Erhebungen führe. Die VA schloss sich der Auffassung des BMI an und kritisierte, dass die Meldebehörde dem Auskunftsersuchen der Frau nicht nachgekommen war. Sie begrüßte die gesetzten Schritte.
Aufenthaltstitel – Nichterlassung eines Bescheids 2022-0.073.087 (VA/BD-I/C-1)	Stadtmagistrat Innsbruck	Ein Mann beantragte im Mai 2021 beim Stadtmagistrat Innsbruck einen Antrag auf Verlängerung des Aufenthaltstitels seines Sohnes. Die Behörde prüfte den Antrag, stellte ihre Unzuständigkeit fest, erließ jedoch keinen Bescheid. Da ein prozessualer Erledigungsanspruch besteht, hätte der Stadtmagistrat Innsbruck den Antrag mit Bescheid zurückweisen müssen.
Asyl – Akteneinsicht 2022-0.072.499 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Im November 2021 ersuchte ein Asylwerber um Einsicht in seinen Verfahrensakt beim BFA. Aufgrund einer unzutreffenden rechtlichen Einschätzung verwehrte das BFA die Akteneinsicht. Im Zuge der Prüfung der VA wurde klargestellt, dass das BFA Akteneinsicht gewähren muss. Erst Ende Dezember 2021 teilte es dem Asylwerber mit, dass die Möglichkeit der Akteneinsicht besteht. Die VA kritisierte die Vorgangsweise des BFA.
Asyl – Verfahrensdauer 2022-0.059.784 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Ein Afghane stellte beim BFA einen Folgeantrag auf internationalen Schutz. Im August 2021 erfolgte die Zulassung zum Verfahren, jedoch lud das BFA den Antragsteller erst im Februar 2022 zur Einvernahme vor. Die VA kritisierte die Verfahrensverzögerung.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Anzeige trotz Befreiung vom Mund-Nasenschutz 2022-0.029.332 (VA/BD-I/C-1)	Bundesministerium für Inneres (BMI) Landespolizeidirektion (LPD) Wien	Eine Frau nahm an einer Demonstration gegen Corona-Maßnahmen teil. Trotz Maskenbefreiung wurde sie bestraft, weil die Exekutivbediensteten „das Befreiungsattest nicht verifizieren“ konnten. Diese Argumentation ist nur dann nachvollziehbar, wenn der Verdacht besteht, dass das ärztliche Attest gefälscht bzw. verfälscht ist oder nicht von einem Arzt ausgestellt wurde. In vorliegenden Fall ergaben sich jedoch keine Hinweise darauf, weshalb die Anzeige und die Strafe nicht berechtigt waren.
Aufenthaltsberechtigung – Verfahrensdauer 2021-0.113.839 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	In einem Verfahren zur Erteilung eines Aufenthaltstitels in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen nach dem Asylgesetz setzte das BFA zwischen Februar und Juni 2021 sowie Juni 2021 und Februar 2022 keine erkennbaren Ermittlungsschritte. Trotz mehrfacher Verbesserungsaufträge der Behörde legte der Antragsteller keine Unterlagen vor, weshalb das BFA entscheiden hätte müssen.
Strafvollzug – Hochzeit in Haft 2022-0.088.302 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Ein Insasse wartet seit mehr als zwei Jahren auf die Hochzeit mit seiner Lebensgefährtin. Die Justizanstalt Stein genehmigte ein entsprechendes Ansuchen bereits 2019, ein neues Ansuchen wurde im Juli 2021 offenbar übersehen. Im April 2022 trug ihm die Justizanstalt Stein auf, noch ein Ansuchen zu stellen, obwohl bereits eine Genehmigung aus 2019 vorlag.
Strafvollzug – Behandlungsgebühr 2022-0.062.707 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Aufgrund eines Antrags auf nachträglichen Aufschub des Strafvollzuges ersuchte das Gericht die Justizanstalt Stein, die notwendigen Untersuchungen zur Erstellung des Gutachtens durchzuführen. Eine Untersuchung konnte nur extern erfolgen. Hierfür wurden irrtümlich 70 Euro vom Konto des Insassen abgebucht. Schließlich wurde der Betrag rücküberwiesen.
Verfahrensdauer 2022-0.015.124 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Im Verfahren zur Prüfung der bedingten Entlassung aus dem Maßnahmenvollzug trug das Gericht dem Sachverständigen auf, Befund und Gutachten innerhalb von drei Monaten zu erstatten. Die Urgenz der ausständigen sachverständigen Äußerung erfolgte erst zwei Monate nach Ende der gesetzten Frist.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Strafvollzug – Briefsendung 2022-0.015.124 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Die Außenstelle einer Justizanstalt verlegte einen Insassen in die Stammanstalt. In der Folge langten für den Insassen Briefe in der Außenstelle ein. Für Übermittlung dieser Briefe in die Stammanstalt wurden 6 bzw. 7 Tage benötigt.
Strafvollzug – Gesundheitsversorgung und Befundbesprechungen 2021-0.761.657 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Nicht in allen Justizanstalten werden unauffällige Blutbefunde automatisch mit den Inhaftierten besprochen, sondern nur auf deren ausdrücklichen Wunsch hin. Voraussetzung ist, dass sie über das Vorliegen der Befunde informiert sind. Die VA betrachtet den Zeitraum bis zur Erlangung der Kenntnis über das Ergebnis als „Unsicherheitszeitraum“, den es kurz zu halten gilt. Die VA regte daher an, alle Inhaftierten auch über das Vorliegen eines unauffälligen Befundes zeitnahe zu informieren.
Strafvollzug – Ausstattung und Privatsphäre 2021-0.588.512 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Die WC-Anlagen müssen auch in Einpersonenhaftträumen vor den Blicken Dritter abgeschirmt sein. Ein Insasse der Justizanstalt Sonnberg wurde in einem Einpersonenhafttraum angehalten, der bei Öffnung der Türe bzw. der Speiseklappe der Türe die Sicht auf das WC freigab. Nach Einschreiten der VA wurden in den drei problematischen Einzelhaftträumen der Justizanstalt Sonnberg mit Jänner 2022 Abtrennungen der WC-Anlagen errichtet.
Strafvollzug – Ausstattung und Stufenmarkierungen 2021-0.532.381 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Wenngleich die Ö-Norm lediglich Markierungen in allgemein zugänglichen Baulichkeiten verlangt, soll nach Ansicht der VA in nicht allgemein zugänglichen Objekten des Bundes darauf geachtet werden, ob die Benutzerinnen und Benutzer das Objekt ausreichend kennen. Aufgrund des doch recht häufig wechselnden Publikums in Justizanstalten sieht die VA auch die nicht allgemein zugänglichen Teile der Justizanstalten als Raum an, in dem die Anbringung derartiger Markierungen angebracht ist.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
<p>Unterhalt – Exekutionsverfahren durch PVA 2021-0.315.361 (VA/BD-SV/A-1)</p>	<p>Pensionsversicherungsanstalt (PVA)</p>	<p>Trotz eines gerichtlichen Beschlusses hielt sich die PVA im Exekutionsverfahren zur Eintreibung der Unterhaltsschulden für einen Minderjährigen nicht an die im Gesetz vorgesehene Rangordnung. Die Forderung des Kindes auf laufenden Unterhalt genießt Vorrang vor der Forderung der Republik Österreich auf Ersatz der Unterhaltsvorschüsse. Auch nach den Bestimmungen der Exekutionsordnung sind die laufenden Unterhaltsforderungen prioritär zu behandeln. Dies betrifft auch Sonderzahlungen. Nach Einschreiten der VA stellte die PVA den rechtskonformen Zustand her und tätigte die Nachzahlungen.</p>
<p>Verzögerte Anfragenbeantwortung 2022-0.190.155 (VA/BD-WA/C-1)</p>	<p>Vermessungsamt Innsbruck</p>	<p>Eine Frau wandte sich im Mai 2021 mit verschiedenen Fragen und Feststellungen an das Vermessungsamt Innsbruck. Erst nach dem Einschreiten der VA antwortete das Vermessungsamt. Wegen der verzögerten Beantwortung sah die VA die Beschwerde als berechtigt an.</p>

## März

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer des Rechtsmittelverfahrens Anzahl der berechtigten Beschwerden: 9	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren bzw. im Zusammenhang mit einer Säumnisbeschwerde. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Dauer der Aufenthaltstitelverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 52	Magistratsabteilung (MA) 35	Die MA 35 setzte in der Regel keine durchgehenden Schritte bzw. ließ zwischen Verfahrensschritten lange Zeit verstreichen. Dadurch kam es zu Verzögerungen, wobei Personalknappheit, organisatorische Mängel und eine große Anzahl an Anträgen keine rechtlich relevanten Begründungen sind. Neben der gesetzlichen Entscheidungsfrist von grundsätzlich sechs Monaten ist für gewisse Aufenthaltstitel (Aufenthaltsbewilligung „Student“) eine kürzere Entscheidungsfrist von 90 Tagen vorgesehen. Die Fristen wurden in zahlreichen Fällen nicht eingehalten.
Probleme mit Impfzertifikat 2022-0.069.390 (VA/BD-GU/A-1)	Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES)  Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)	Ein Mann erhielt im November 2021 seine dritte Schutzimpfung gegen COVID-19 in einer anerkannten Impfstelle in Wien. Allerdings war für diese Drittimpfung kein Impfzertifikat verfügbar. Die AGES tröstete den Mann wochenlang und teilte ihm lediglich mit, dass der Fall „in Bearbeitung“ sei. Nach Einleitung eines Prüfverfahrens konnte die Impfung elektronisch nachverfasst und dem Betroffenen ein Impfzertifikat ausgestellt werden.
COVID-19: Booster-Impftermin 2021-0.832.596 (VA/BD-GU/A-1)	Land Steiermark (Stmk)	Ein Steirer bekam auf sein Drängen einen Booster-Impftermin im November 2021. Laut Empfehlungen des Nationalen Impfgremiums (NIG) betrug das Intervall für die Booster-Impfung damals aber noch sechs Monate ab der Zweitimpfung. Der Mann ging zum vereinbarten Termin in die Impfstraße, wurde aber weggeschickt, da die sechs Monate nicht abgelaufen waren. Das Land Stmk hielt sich, im Unterschied zur Stadt Wien, streng an die Vorgaben des NIG. Die Beschwerde war hinsichtlich Terminvergabe und kurzfristiger Absage berechtigt. Das Land Stmk entschuldigte sich für den Fehler.



Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
<p>Unnötiger Befähigungsnachweis für Tiertransporte</p> <p>2021-0.599.571 (VA/BD-GU/A-1)</p>	<p>Bezirkshauptmannschaft (BH) Neusiedl am See</p>	<p>Wegen Verletzung eines fehlenden Befähigungsnachweises für Tiertransporte stellte ein Exekutivbeamter im Zuständigkeitsbereich der BH Neusiedl/See eine Organstrafverfügung aus. Im konkreten Fall wäre ein solcher Nachweis jedoch nicht erforderlich gewesen. Die Bestrafung war daher rechtswidrig, kann jedoch aus verfahrensrechtlichen Gründen nicht mehr rückgängig gemacht werden.</p>
<p>Fremdenpass - Verfahrensdauer</p> <p>2022-0.073.124 (VA/BD-I/C-1)</p>	<p>Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)</p>	<p>Der Antrag auf Ausstellung eines Fremdenpasses einer Syrerin erreichte das BFA im November 2020. Erst im Februar 2022 verständigte die Behörde die Antragstellerin vom Ergebnis der Beweisaufnahme und überschritt die dreimonatige Bearbeitungsfrist nach dem Passgesetz deutlich.</p>
<p>Meldung des Wohnsitzes</p> <p>2022-0.066.562 (VA/BD-I/C-1)</p>	<p>Bundesministerium für Inneres (BMI) Magistratisches Bezirksamt (MBA) Wien</p>	<p>Eine Frau beschwerte sich, dass das MBA eine gleichzeitige Anmeldung von ihr und ihrem Sohn nicht korrekt abgewickelt habe. Da der Antrag des Sohnes auf dem Weg zur zuständigen Sachbearbeiterin im MBA offenbar verloren gegangen war, gab das BMI als oberste Meldebehörde der Frau recht. Da das BMI unverzüglich eine Korrektur des Meldedatums und eine Zusendung einer Bestätigung in Aussicht stellte, sah die VA den Mangel als behoben an.</p>
<p>Aufenthaltstitel besonderer Schutz - Verfahrensdauer</p> <p>2022-0.049.765 (VA/BD-I/C-1)</p>	<p>Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)</p>	<p>In einem Verfahren zur Erteilung eines Aufenthaltstitels „besonderer Schutz“ kam der Antragsteller einem Verbesserungsauftrag im Dezember 2020 nach. Dennoch lud das BFA den Mann erst im März 2022 zur Einvernahme vor. Gründe für den 14-monatigen Stillstand im Verfahren nannte die Behörde nicht.</p>
<p>Aufenthaltstitel und Aufenthaltsbeendigung – Verfahrensdauer</p> <p>2021-0.561.407 (VA/BD-I/C-1)</p>	<p>Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)</p>	<p>Eine Frau beantragte Ende Dezember 2019 eine Aufenthaltskarte aufgrund der Ehe mit einem slowakischen Staatsbürger. Zwischen Unterlagenvorlage im Jänner und Nachforderung im Mai 2020 bzw. Ladung zur persönlichen Vorsprache Anfang September 2020 setzte die MA 35 keine Verfahrensschritte. Im November 2021 befragte die MA 35 das BFA zu einem seit Dezember 2020 anhängigen Aufenthaltsbeendigungsverfahren. Nach dieser Anfrage stellte das BFA das Verfahren erst Ende November 2021 ein. Die beantragte Aufenthaltskarte stellte die MA 35 schließlich im Jänner 2022 aus.</p>

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
<p>Aufenthaltstitel und Aufenthaltsbeendigung – Verfahrensdauer 2021-0.494.102 (VA/BD-I/C-1)</p>	<p>Magistratsabteilung (MA) 35 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)</p>	<p>Ein Mann beantragte im März 2020 die Verlängerung des Aufenthaltstitels „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“. Zwischen Antragstellung und einer Unterlagenachforderung im Mai 2020 sowie der Aktenprüfung und Anfrage an das BFA wegen einer möglichen Aufenthaltsbeendigung im September 2020 setzte die MA 35 keine Verfahrensschritte. Eine Nachfrage an das BFA über den Verfahrensstand erfolgte im Jänner 2021, eine weitere Urgenz der MA 35 vom Juli 2021 bestritt das BFA. Neben der MA 35 war auch das BFA untätig, da es von Oktober 2020 bis Oktober 2021 im Aufenthaltsbeendigungsverfahren keine Schritte setzte. Das BFA leitete dieses Verfahren erst im Oktober 2021 ein und wartete vorerst die Verständigung des Betroffenen, die die MA 35 vornehmen muss, ab. Der Mann wartet daher bereits seit knapp zwei Jahren auf ein Ergebnis.</p>
<p>Verfahrensdauer 2021-0.748.998 (VA/BD-J/B-1)</p>	<p>Bundesverwaltungsgericht (BVwG)</p>	<p>Bereits im Vorjahr musste die VA in einem Verfahren vor dem BVwG eine Säumnis feststellen. Im weiteren Verfahren wurde neuerlich festgestellt, dass das BVwG in sechs Monaten keinen Verfahrensschritt setzte. Die allgemeine Begründung des BVwG, der Stillstand sei unter anderem krankheitsbedingt erfolgt, reicht nicht, um einen derartig lange dauernden weiteren Stillstand zu rechtfertigen.</p>
<p>Maßnahmenvollzug Klassifizierung 2022-0.172.100 (VA/BD-J/B-1)</p>	<p>Bundesministerium für Justiz (BMJ)</p>	<p>Die Klassifizierung eines Insassen des Maßnahmenvollzugs muss binnen sechs Wochen erfolgen. Gegenständlich erwuchs das Urteil am 17. November 2021 in Rechtskraft. Die „Klassifizierungsentscheidung“ des BMJ erfolgte jedoch erst am 3. März 2022, die Überstellung in die für den Maßnahmenvollzug bestimmte Justizanstalt Wien – Mittersteig schließlich am 17. März 2022</p>
<p>Strafvollzug – Datenschutz 2022-0.010.501 (VA/BD-J/B-1)</p>	<p>Bundesministerium für Justiz (BMJ)</p>	<p>In der Justizanstalt Sonnberg wird auch der Name des jeweiligen Insassen an das Personal des Anstaltskaufmanns im Zuge des Einkaufs weitergegeben. Wenngleich vertragliche Verschwiegenheitsverpflichtungen vereinbart wurden, zeigt der Vergleich mit einer anderen Justizanstalt, dass der Einkauf auch ohne Offenbarung personenbezogener Daten möglich ist. Das BMJ sagte die Ausarbeitung einer den Datenschutz wahren Vorgangsweise in allen Justizanstalten zu.</p>

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld 2022-0.085.644 (VA/BD-JF/A-1)	Finanzamt (FA) Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien (BMFFIM)	Eine Familie erhielt erst nach Einschaltung der VA Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld für ein „nachgeborenes“ Kind ab dem Zeitpunkt der Geburt des Kindes.
Kinderbetreuungsgeld 2021-0-825.584 (VA/BD-JF/A-1)	Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien (BMFFIM)	Eine Mutter erhielt erst ein Jahr nach Antragstellung das Kinderbetreuungsgeld in einem grenzüberschreitenden Fall.
Kinderbetreuungsgeld 2021-0.605.123 (VA/BD-JF/A-1)	Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien (BMFFIM)	Eine Entscheidung über Kinderbetreuungsgeld in einem grenzüberschreitenden Fall traf die Behörde erst 15 Monate nach Antragstellung.
Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld 2021-0.166.014 (VA/BD-JF/A-1)	Finanzamt (FA) Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien (BMFFIM)	Die VA erwirkte die Auszahlung von Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld an eine Mutter, die vier Jahre auf die Verlängerung bzw. Zweckänderung ihres Aufenthaltstitels warten musste.
Pensionsversicherung, Rehabilitationsaufenthalt 2021-0.565.155 (VA/BD-SV/A-1)	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)	Nach anfänglicher Ablehnung erreichte die VA doch noch die Bewilligung des Rehabilitationsaufenthaltes in der gewünschten Einrichtung.
Neuberechnung der Vordienstzeiten – Verfahrensdauer 2022-0.059.680 (VA/BD-UK/C-1)	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)	Eine pensionierte Schuldirektorin beschwerte sich über eine ca. dreijährige Verfahrensdauer für die Anrechnung von Vordienstzeiten, die für die korrekte Berechnung ihrer Alterspension Voraussetzung sind. Nach Einschreiten der VA wurde das Verfahren im Februar 2022 – mit dem Ausdruck des Bedauerns für die Verfahrensverzögerung – abgeschlossen.
Nachzahlung – Verfahrensdauer 2022-0.073.184 (VA/BD-UK/C-1)	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)	Ein pensionierter Lehrer beschwerte sich bei der VA über die Verzögerung einer Nachzahlung, nachdem sein Besoldungsdienstalter im Juli 2021 neu berechnet worden war. Nach Einschreiten der VA erfolgte die Nachzahlung im März 2022.

## Februar

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer des Rechtsmittelverfahrens Anzahl der berechtigten Beschwerden: 8	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren bzw. im Zusammenhang mit einer Säumnisbeschwerde. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Dauer der Aufenthaltstitelverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 52	Magistratsabteilung (MA) 35	Die MA 35 setzte in der Regel keine durchgehenden Schritte bzw. ließ zwischen Verfahrensschritten lange Zeit verstreichen. Dadurch kam es zu Verzögerungen, wobei Personalknappheit, organisatorische Mängel und eine große Anzahl an Anträgen keine rechtlich relevanten Begründungen sind. Neben der gesetzlichen Entscheidungsfrist von grundsätzlich sechs Monaten ist für gewisse Aufenthaltstitel (Aufenthaltsbewilligung „Student“) eine kürzere Entscheidungsfrist von 90 Tagen vorgesehen. Die Fristen wurden in zahlreichen Fällen nicht eingehalten.
Widerruf von Arbeitslosengeld & Kündigung der Krankenversicherung 2021-0.648.821 (VA/BD-AR/A-1)	Arbeitsmarktservice (AMS) Wien Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK)	Das AMS Wien widerrief die Zuerkennung von Arbeitslosengeld. Es sah zwar von einer Rückforderung ab, da die Zuerkennung auf einem Irrtum des AMS beruhte, kündigte jedoch rückwirkend die mit dem Arbeitslosengeldbezug verbundene Krankenversicherung. Der Antragsteller sollte in der Folge eine Spitalsrechnung von rund 3.000 Euro aus eigener Tasche bezahlen. Die VA stellte klar, dass ein bloßer Widerruf von Arbeitslosengeld zu keiner rückwirkenden Aufhebung des Krankenversicherungsschutzes führt. Die ÖGK und das AMS schlossen sich der Rechtsansicht der VA an, die Spitalskosten übernahm die ÖGK.
Bemessung des Arbeitslosengeldes 2021-0.589.092 (VA/BD-AR/A-1)	Arbeitsmarktservice Oberösterreich (AMS OÖ) Bundesministerium für Arbeit (BMA)	Das AMS nutzte einen bestehenden Interpretationsspielraum nicht zugunsten einer Antragstellerin und zog eine für diese nachteilige Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld heran. Das BMA bekräftigte den Standpunkt des AMS. Die VA sprach eine Beanstandung gegenüber dem BMA aus.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.876.512	Landesverwaltungsgericht (LVwG) Wien	Der Verwaltungsgerichtshof behob eine Entscheidung des LVwG über eine Säumnisbeschwerde im Juni 2020. Danach hatte das LVwG eine neuerliche Entscheidung zu treffen. Das LVwG setzte zwischen Ende Juni und Ende Dezember 2020 sowie zwischen Anfang Juni und Ende Dezember 2021 keine bzw. nur unzureichende Ermittlungsschritte und schloss das Verfahren erst im Dezember 2021 ab. Die Entscheidungsfrist von sechs Monaten überschritt das LVwG deutlich, nannte dafür aber keine Begründung.
Karte für Geduldete – Verfahrensdauer 2021-0.866.230 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	In einem Verfahren zur Ausstellung einer Karte für Geduldete setzte das BFA von Juni 2021 bis Jänner 2022 keine Verfahrensschritte und verzögerte damit das Verfahren um fast sieben Monate. Gründe dafür nannte die Behörde keine.
Lichtbildausweis für EWR-Bürger 2021-0.868.345 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte im März 2021 die Ausstellung eines Lichtbildausweises für EWR-Bürger. Obwohl mit Ausnahme der zu begleichenden Gebühren bereits bei Antragstellung sämtliche erforderlichen Unterlagen vorlagen, stellte die MA 35 den Ausweis erst im Jänner 2022 aus. Gründe für einen möglichen rechtfertigenden Aufschub nannte die Behörde keine.
Rückkehrentscheidung – Verfahrensdauer 2021-0.846.877 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Ein Mann stellte im November 2013 einen weiteren Asylantrag. Das BFA wies den Antrag im Dezember 2013 zurück und erließ eine Ausweisung. Die Beschwerde dagegen wies das BVwG im März 2017 zurück, über die Rückkehrentscheidung musste das BFA nochmals entscheiden. Das BFA verständigte den Mann im Mai 2017 und forderte ihn zu einer Stellungnahme auf, die er im Juni 2017 übermittelte. Danach verließ er das Bundesgebiet. Nachdem er im März 2018 von französischen Behörden nach Österreich überstellt wurde, prüfte das BFA nicht binnen angemessener Frist die Rückkehrentscheidung und stellte das Verfahren im Dezember 2021 ein. Über den inzwischen neuerlich eingebrachten Asylantrag stellte das BFA eine Entscheidung im ersten Quartal 2022 in Aussicht.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
<p>Nichtausstellung von Personenstandsunterlagen</p> <p>2021-0.823.663 (VA/BD-I/C-1)</p>	<p>Bundesministerium für Inneres (BMI)</p> <p>Standesamt Klagenfurt am Wörthersee</p>	<p>Die VA beanstandete, dass das Standesamt einem Elternteil zunächst unberechtigterweise die Ausstellung einer Geburtsurkunde, einer Meldebestätigung und eines Staatsbürgerschaftsnachweises für den Sohn verweigerte, obwohl alle erforderlichen Nachweise vorlagen und aus dem Zentralen Personenstandregister die Anerkennung der Elternschaft ersichtlich gewesen wäre. Die VA sah aufgrund der erfolgten Ausstellung der gewünschten Urkunden und einer Entschuldigung der Sachbearbeiterin das Fehlverhalten als behoben an.</p>
<p>Verfahrensdauer</p> <p>2022-0.017.348 (VA/BD-J/B-1)</p>	<p>Datenschutzbehörde (DSB)</p>	<p>Ein Mann kritisierte, dass die DSB in 19 (!) der von ihm anhängig gemachten Verfahren zu lange gebraucht habe. Da die DSB bis zu 23 Monate benötigte, um Verfahren abzuschließen, obgleich der DSB seit dem Jahr 2021 ausreichend Personal zur Verfügung steht, war die Beschwerde berechtigt.</p>
<p>Erlässe</p> <p>2021-0.240.444 (VA/BD-J/B-1)</p>	<p>Bundesministerium für Justiz (BMJ)</p>	<p>Das 1. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz ermächtigte das BMJ, Einschränkungen des Besuchsverkehrs durch Verordnung zu treffen. Erlässe kamen damit für die BMJ zur Einschränkung des Besuchsrechts im Zusammenhang mit COVID-19 nicht in Betracht. Dennoch wies die Bundesministerin mehrmals vor Erlassung der diesbezüglichen Verordnung die Justizanstalten bereits durch Erlass an, Besuche zu untersagen.</p>
<p>Verfahrensdauer</p> <p>2022-0.019.494 (VA/BD-J/B-1)</p>	<p>Bundesverwaltungsgericht (BVwG)</p>	<p>Ein Mann kritisierte, die Verfahrensdauer beim BVwG betreffend 11 (!) von ihm anhängig gemachten Verfahren. Das BVwG gab an, dass zu Beginn des Geschäftsjahres 2019 knapp 40.000 (vorwiegend asyl- und fremdenrechtliche) Beschwerdeverfahren am BVwG anhängig gewesen seien, was auch Auswirkungen auf andere Verfahrensbereiche habe. Durch Anstrengung des BVwG konnte die Zahl der anhängigen Verfahren auf 15.000 reduziert werden. Der behaupteten Überschreitung der sechsmonatigen Entscheidungsfrist wurde nicht entgegengetreten.</p>
<p>Postaufgabe</p> <p>2022-0.057.103 (VA/BD-J/B-1)</p>	<p>Bundesministerium für Justiz (BMJ)</p>	<p>Die Übergabe von fristgebundenen Schreiben an die Justizanstalt ist als fristwahrende Postaufgabe zu werten. Ein Insasse übergab neben einem Schreiben an das Gericht auch ein Schreiben an seinen Rechtsanwalt, so dass sich die Aufgabe (auch) dieses Schreibens nach neun Tagen zu seinem Nachteil auszuwirken konnte.</p>

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
<p>Familienbeihilfe</p> <p>2021-0.794.333 (VA/BD-JF/A-1)</p>	<p>Finanzamt (FA)</p> <p>Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien (BMFFIM)</p>	<p>Die Behörde gewährt eine Differenzzahlung der Familienbeihilfen für drei Kinder erst neun Monate nach Antragstellung.</p>
<p>Erhöhte Familienbeihilfe</p> <p>2021-0.475.196 (VA/BD-JF/A-1)</p>	<p>Finanzamt (FA)</p> <p>Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien (BMFFIM)</p>	<p>Eine Familie erhielt für ihre Tochter mit 100%-iger Behinderung erst mehr als ein Jahr nach Antragstellung die erhöhte Familienbeihilfe. Das BMFFIM begründete die lange Verfahrensdauer mit dem grenzüberschreitenden Sachverhalt. Erhebungen ergaben aber, dass wesentliche Verfahrensschritte erst nach dem Einschreiten der VA gesetzt wurden.</p>
<p>Erhöhte Familienbeihilfe</p> <p>2021-0.233.454 (VA/BD-JF/A-1)</p>	<p>Finanzamt (FA)</p> <p>Sozialministeriumservice (SMS)</p> <p>Pensionsversicherungsanstalt (PVA)</p>	<p>Nach einem Unfall hat ein junger Mann eine schwere Behinderung. Aufgrund mehrerer fachärztlicher Gutachten kommt die PVA zum Ergebnis, dass eine Besserung seines Gesundheitszustandes ausgeschlossen ist und gewährt daher eine Invaliditätspension. Das FA kam dagegen aufgrund eines Gutachtens des SMS zum Schluss, dass zwar eine 100%-ige Erwerbsminderung vorliege, diese aber nicht dauerhaft sei, und lehnte daher die erhöhte Familienbeihilfe ab. Aufgrund des Einschreitens der VA wurde ein neues Gutachten eingeholt. Dieses kam zum Ergebnis, dass dauerhafte Erwerbsunfähigkeit vorliegt. Der Mann erhielt daraufhin die erhöhte Familienbeihilfe für vier Jahre rückwirkend und bezieht sie auch laufend.</p>
<p>Mehrphasenführerschein – Verlängerung</p> <p>2021-0.107.150 (VA/BD-V/C-1)</p>	<p>Landespolizeidirektion (LPD) Wien</p> <p>Verkehrsamt Wien</p>	<p>Eine Frau wandte sich an die VA, da das Verkehrsamt die Probezeit ihres Führerscheins um ein weiteres Jahr verlängert hatte. Obwohl sie das Verkehrsamt in Kenntnis gesetzt hatte, dass sie ihre Perfektionsfahrt COVID-bedingt (Schließung der Fahrschule) nicht rechtzeitig absolvieren konnte, lehnte das Verkehrsamt eine Fristerstreckung ab. Die VA konnte nicht nachvollziehen, warum keine Fristerstreckung bzw. Einzelfallprüfung im Sinne der Toleranzerlässe des BMK erfolgte und kritisierte das Vorgehen der Behörden.</p>

## Jänner

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
<p>Asyl – Dauer des Rechtsmittelverfahrens</p> <p>Anzahl der berechtigten Beschwerden: 6</p>	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren bzw. im Zusammenhang mit einer Säumnisbeschwerde. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
<p>Ausstellung eines COVID-19-Genesungszertifikats</p> <p>2021-0.840.894 (VA/BD-GU/A-1)</p>	<p>Magistratsabteilung (MA) 15</p> <p>Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES)</p> <p>Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)</p>	Eine Frau wurde im August 2021 positiv auf COVID-19 getestet, wobei der CT-Wert über 30 lag. Trotz der positiven PCR-Testung und zahlreichen Schreiben an alle zuständigen Stellen (MA 15, AGES, BMSGPK) wurde ihr kein Genesungszertifikat ausgestellt. Die Betroffene konnte auch einen direkt nach der Infektion abgenommenen Antikörpernachweis vorweisen. Nach Einleitung eines Prüfverfahrens konnte die Genesung korrekterweise im Epidemiologischen Meldesystem (EMS) vermerkt werden.
<p>Ermittlung von Kontaktpersonen</p> <p>2021-0.684.215 (VA/BD-GU/A-1)</p>	Bezirkshauptmannschaft (BH) Bruck/Leitha	Eine Frau wurde positiv auf COVID-19 getestet und von der zuständigen Gesundheitsbehörde, der BH Bruck an der Leitha, abgesondert. Die Behörde forderte die Betroffene auf, sämtliche Kontaktpersonen bekannt zu geben. Diese kam der Aufforderung nach. Sie teilte mit, als Lehrerin zu arbeiten, die Daten ihrer Schülerinnen und Schüler aber nicht zu haben. Dennoch wiederholte die BH ihre Forderung und drohte anderenfalls eine Verwaltungsstrafe wegen Verletzung der Auskunftspflicht an. Die Betroffene versuchte, trotz ihrer COVID-19-Symptomatik die Daten zu erhalten. Aus datenschutzrechtlichen Gründen wollte ihre Vorgesetzte die Daten jedoch nicht ohne schriftliche Anfrage der Behörde weitergeben. So verzögerte sich die Kontaktpersonenermittlung erheblich, bis die BH schließlich doch direkt bei der Lehrinstitution anfragte. Es kam zu einer rechtswidrigen Verlagerung der behördlichen Ermittlungspflicht auf die betroffene Lehrerin. Das Epidemiegesetz sieht zwar die Verpflichtung zur Erteilung von Auskünften, nicht jedoch zur Ermittlung bzw. Herbeischaffung von persönlichen nicht bekannten Informationen Dritter vor.



Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.823.559 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte im August 2020 die Ausstellung einer Aufenthaltskarte als Angehöriger einer EWR-Bürgerin. Die MA 35 setzte zwischen Antragstellung und Februar 2021 keine Verfahrensschritte. Sie urgierte weiters eine im Mai 2021 versendete Unterlagenanforderung bis Oktober 2021 nicht und setzte in diesem Zeitraum auch sonst keine Verfahrensschritte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.809.385 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Verfahren zur Erteilung einer „Rot-Weiß-Rot-Karte plus“ setzte die MA 35 von März bis Mai 2021 sowie Juli bis Dezember 2021, trotz mehrfacher Nachfragen des Antragstellers, keine erkennbaren Ermittlungsschritte und verursachte dabei eine Verfahrensverzögerung von insgesamt über sieben Monaten.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.807.152 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte Ende Jänner 2021 die Ausstellung eines Aufenthaltstitels bei der MA 35. Ende Juli 2021 erhielt sie eine Einreichbestätigung. Erst Anfang Dezember 2021 übermittelte die MA 35 eine Ladung mit Hinweis auf nachzureichende Unterlagen. Die MA 35 setzte über zehn Monate keine relevanten Verfahrensschritte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.807.088 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Mitte Mai 2021 die Verlängerung seiner Aufenthaltbewilligung „Student“, für die eine Entscheidungsfrist von maximal 90 Tagen gilt. Die MA 35 prüfte den Antrag erst Mitte August 2021 bzw. versendete erst zu diesem Zeitpunkt eine Unterlagenanforderung.
Lichtbildausweis – Verfahrensdauer 2021-0.806.862 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann brachte im Jänner 2021 bei der MA 35 einen Antrag auf Ausstellung eines Lichtbildausweises für EWR-Bürger ein. Nachdem er der Behörde im August 2021 sein Lichtbild sowie eine Bestätigung über die Begleichung der Gebühren übermittelte, erkundigte er sich im Oktober 2021 nach dem Verfahrensstand. Die Behörde bestellte den Lichtbildausweis erst im Dezember 2021 ohne in der Zwischenzeit erkennbare Verfahrensschritte gesetzt zu haben. Zudem beantwortete sie die Verfahrensstandanfrage nicht.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.799.344 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Ende April 2021 eine Aufenthaltskarte als Angehöriger einer EWR-Bürgerin. Trotz mehrerer Anfragen über den Verfahrensstand übermittelte die MA 35 erst im November 2021 einen Verbesserungsauftrag und verursachte dabei eine Verfahrensverzögerung von über sechs Monaten.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.799.310 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte im April 2021 die Ausstellung einer Aufenthaltskarte (Angehöriger eines EWR- oder Schweizer Bürgers). Die MA 35 setzte zwischen Antragstellung und Ende Dezember 2021 – von einer Information über die beantragte Notvignette abgesehen – keine erkennbaren Verfahrensschritte und verzögerte dadurch das Verfahren.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.791.361 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte im April 2021 die Verlängerung ihres Aufenthaltstitels „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“. Erst im Dezember 2021 prüfte und bewilligte die MA 35 den Antrag, ohne in der Zwischenzeit – von einer AMS-Anfrage abgesehen – nennenswerte Verfahrensschritte gesetzt zu haben.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.788.451 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Anfang März 2021 die Ausstellung einer Daueraufenthaltskarte (Daueraufenthalt – EU). Ende April 2021 modifizierte er seinen Antrag, wobei bis zur Unterlagennachforderung Mitte September 2021 keine Verfahrensschritte gesetzt wurden. Dies stellt eine Verfahrensverzögerung dar, die der MA 35 zuzurechnen ist. Am Ende November wurde der Aufenthaltstitel zugestellt.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.788.251 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte im Mai 2021 für ihren minderjährigen Sohn bei der MA 35 eine Anmeldebescheinigung. Weil die Betroffene und ihr Ehegatte nach Ansicht der Behörde ihren bisherigen Aufenthaltszweck nicht erfüllen würden, forderte Sie die MA 35 im Mai 2021 auf, einen neuen Antrag auf Ausstellung einer Anmeldebescheinigung entsprechend dem tatsächlichen Aufenthaltszweck zu stellen und die alten Anmeldebescheinigungen zu retournieren. Seit Mai 2021 bis zumindest Jänner 2022 setzte die Behörde keine erkennbaren Verfahrensschritte.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.780.794 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte im März 2020 die Ausstellung einer Daueraufenthaltskarte. Die MA 35 setzte zwischen Mai und November 2020, Dezember 2020 und März 2021 sowie zwischen April und November 2021 keine erkennbaren Verfahrensschritte und verzögerte dadurch das Verfahren. Die Karte übermittelte die MA 35 schließlich Ende November 2021 an die Antragstellerin.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.772.487 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Familie aus Deutschland beantragte Bescheinigungen des Daueraufenthalts und Lichtbildausweise für EWR-Bürger. In der Folge kam es nach der Bewilligung der Aufenthaltstitel zu Verzögerungen. Obwohl im Juli 2021 alle Voraussetzungen für die Ausstellung der Lichtbildausweise gegeben waren, setzte die MA 35 bis November 2021 keine Verfahrensschritte. Zudem stellte die MA 35 die Zahlungsanweisungen falsch aus, sodass ein Teil der beantragten Lichtbildausweise erst mit Dezember 2021 ausgestellt wurde.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.772.474 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte einen Daueraufenthaltstitel und einen Lichtbildausweis für EWR-Bürger. Die MA 35 bearbeitete nur den Antrag auf Ausstellung des Lichtbildausweises und setzte von Ende Mai bis Ende Oktober 2021 keine Ermittlungsschritte. Den Ausweis stellte sie im November 2021 zwar aus, über den Antrag auf Daueraufenthalt hatte sie aber bis dahin noch nicht entschieden. Die Frau nahm schließlich rechtsanwaltliche Hilfe in Anspruch.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.772.441 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ende Oktober 2019 beantragte eine Frau die Ausstellung einer Aufenthaltskarte. Im Februar 2020 versandte die MA 35 einen Verbesserungsauftrag. Die MA 35 setzte danach von Oktober 2020 bis Dezember 2021 keine relevanten Verfahrensschritte und verzögerte dadurch das Verfahren.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.772.392 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte im März 2021 eine Daueraufenthaltskarte. Ein Verbesserungsauftrag erfolgte erst im Juli 2021. Nach dem teilweisen Einlangen der Unterlagen richtete die MA 35, trotz der insgesamt drei Nachfragen der Frau und der Österreichischen Botschaft in Kiew, erst Ende September 2021 einen weiteren Verbesserungsauftrag an die Antragstellerin. Da die Frau Unterlagen nur unvollständig vorlegte, informierte sie die VA über ihre Mitwirkungspflicht.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.766.056 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann stellte im Dezember 2020 einen Antrag auf Ausstellung einer Bescheinigung des Daueraufenthaltes bei der MA 35. Diese setzte von Dezember 2020 bis Dezember 2021 nur einen einzigen Verfahrensschritt, nämlich eine Unterlagenanforderung, und verzögerte dadurch das Verfahren.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.765.979 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Ende März 2021 einen Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt – EU“. Die MA 35 setzte bis November 2021 keine Verfahrensschritte und verzögerte das Verfahren mehrere Monate.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.758.598 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Ende Oktober 2020 eine Niederlassungsbewilligung als Angehöriger seines österreichischen Bruders, der vom Recht der Freizügigkeit in der EU Gebrauch machte. Die MA 35 setzte ab Antragstellung bis Anfang Dezember 2021 – von einer Unterlagenanforderung Ende März 2021 abgesehen – keine Verfahrensschritte und verzögerte dadurch das Verfahren.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.752.396 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte im März 2021 die Verlängerung seiner „Niederlassungsbewilligung“. Die MA 35 setzte bis Ende Juni 2021 keine erkennbaren Verfahrensschritte und verzögerte dadurch das Verfahren.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.750.826 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Verfahren zur Erteilung eines unionsrechtlichen Aufenthaltstitels setzte die MA 35 in der Zeit von Juni bis September 2021 keine Ermittlungsschritte und verursachte dabei eine Verfahrensverzögerung von drei Monaten. Gründe für diesen Verfahrensstillstand wurden nicht genannt.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.750.812 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Anfang Februar 2021 für seine minderjährige Tochter einen Aufenthaltstitel „Familienangehöriger“. Anfang Mai 2021 modifizierte die Mutter den Antrag auf „Aufenthaltskarte (Angehörige einer EWR-Bürgerin)“. Die MA 35 forderte Unterlagen an. Bis zur Ladung bzgl. der Klärung des korrekten Aufenthaltstitels im Dezember 2021 setzte sie keine Verfahrensschritte und schloss das Verfahren nicht ab.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.749.424 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Ende Oktober 2020 einen Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt – EU“. Zwischen März und August 2021 urgierte die MA 35 fehlende Unterlagen nicht und setzte auch sonst keine Verfahrensschritte.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.749.312 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Paar brachte im April 2021 Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung „Student“ bzw. „Familiengemeinschaft mit Student“ ein. Obwohl der MA 35 schon im Juli 2021 sämtliche Unterlagen vorlagen, prüfte sie erst im November 2021 die Anträge, ohne in der Zwischenzeit erkennbare Verfahrensschritte zu setzen.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.749.292 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte Anfang März 2021 die Verlängerung ihres Aufenthaltstitels Familienangehöriger. Die MA 35 setzte zwischen Antragstellung und Juni 2021 keine Verfahrensschritte und verzögerte dadurch das Verfahren. Nachdem die Antragstellerin alle Unterlagen vorgelegt hatte, lud sie die MA 35 für Ende November 2021 zur Übergabe der Karte ein.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.749.100 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Ende April 2021 die Ausstellung einer Anmeldebescheinigung. Die MA 35 setzte zwischen Antragstellung und Jänner 2022 – von einer Anfrage über den Grund des Antrags abgesehen – keine Verfahrensschritte und verzögerte dadurch das Verfahren. Die Anmeldebescheinigung wurde im Jänner 2022 ausgestellt.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.749.080 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann brachte im März 2021 bei der MA 35 einen Antrag auf Ausstellung einer Daueraufenthaltskarte als Angehöriger einer EWR-Bürgerin ein. Da er seinen Wohnsitz zuvor gewechselt hatte, forderte die MA 35 den Akt der BH Kitzbühel an. Nachdem dieser im Juli 2021 einlangte, setzte die MA 35 bis Mitte November 2021 keine weiteren erkennbaren Verfahrensschritte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.744.655 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Nachdem ein Mann im Juni 2020 eine Aufenthaltskarte beantragte, setzte die MA 35 erst im März 2021 erste Verfahrensschritte. Ebenso setzte sie in der Zeit von August bis November 2021 keine Ermittlungsschritte und verursachte dabei eine Verfahrensverzögerung von insgesamt über 12 Monaten.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.737.431 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte Anfang September 2020 eine Aufenthaltskarte als Angehörige eines EWR-Bürgers. Die MA 35 urgierte zwischen September 2020 und November 2021 fehlende Unterlagen nicht und setzte auch sonst keine Verfahrensschritte. Die Behörde verzögerte dadurch das Verfahren mehr als ein Jahr.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.737.336 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Im April 2021 beantragte ein Mann eine Daueraufenthaltskarte bei der MA 35. Erst Mitte November 2021 setzte die MA 35 einen erkennbaren Verfahrensschritt, indem Sie eine Unterlagenanforderung an den Betroffenen übermittelte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.737.326 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Verfahren zur Erteilung einer Daueraufenthaltskarte setzte die MA 35 zwischen Antragstellung im Oktober 2020 und einer Unterlagenanforderung im Juni 2021 keine Ermittlungsschritte und verursachte dabei eine Verfahrensverzögerung von über sieben Monaten. Danach legte der Betroffene Unterlagen nicht vor, weshalb das Verfahren noch nicht abgeschlossen werden konnte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.732.478 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte im Jänner 2021 die Ausstellung einer Aufenthaltskarte als Angehöriger einer EWR-Bürgerin. Die MA 35 setzte – abgesehen von der Übermittlung einer Einreichbestätigung – zwischen Antragseinbringung und Anfang Dezember 2021 keine Verfahrensschritte und verzögerte das Verfahren.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.732.371 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte im März 2021 die Ausstellung einer Daueraufenthaltskarte bei der MA 35. Diese setzte bis November 2021 keine erkennbaren Verfahrensschritte und verzögerte dadurch das Verfahren.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.732.355 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte zunächst im November 2020 einen Aufenthaltstitel „Familienangehöriger“. Nachdem er den Antrag Mitte Dezember 2020 auf eine Aufenthaltskarte modifizierte, setzte die MA 35 nahezu ein Jahr lang keine erkennbaren Verfahrensschritte. Erst im November 2021 prüfte sie den Antrag.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.708.715 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte Anfang November 2020 eine Aufenthaltskarte und berief sich darauf, dass ihr österreichischer Ehemann von seinem unionsrechtlichen Freizügigkeitsrecht Gebrauch gemacht hatte. Die MA 35 setzte zwischen Dezember 2020 und Juni 2021 keine Verfahrensschritte und verzögerte dadurch das Verfahren.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.705.124 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann brachte Ende Februar 2021 einen Verlängerungsantrag/Zweckänderungsantrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels Familienangehöriger bei der MA 35 ein. Diese setzte zwischen Antragstellung im Februar und September 2021 keine Verfahrensschritte und verzögerte das Verfahren.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.697.163 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Im März 2021 stellte ein Vater für seine minderjährige Tochter bei der MA 35 einen Antrag auf Verlängerung eines Aufenthaltstitels. Weil der Antrag zu spät gestellt wurde, verlangte die Behörde noch im selben Monat Nachweise zur vorgelegten Stellungnahme. Erst Mitte August 2021 setzte die MA 35 einen weiteren erkennbaren Verfahrensschritt.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.693.912 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte im September 2020 eine Daueraufenthaltskarte. Bis zur Aufforderung im Februar 2021 Unterlagen nachzureichen, setzte die MA 35 keine erkennbaren Verfahrensschritte. Weiters forderte sie danach erst wieder im Juni 2021 Unterlagen nach. Nach deren Einlangen im Juli 2021 befasste sie erst Ende Oktober die MA 40 hinsichtlich möglicher Mindestsicherungsbezüge.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.685.216 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Verfahren zur Erteilung eines Aufenthaltstitels zum Zweck der Familiengemeinschaft langten die entsprechenden Anträge bei der MA 35 im November 2020 ein. Erst im April 2021 setzte die MA 35 erste Verfahrensschritte.
Asyl – Familienzusammenführung – Verfahrensdauer 2021-0.677.554 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	In einem Verfahren zur Familienzusammenführung leitete die Botschaft dem BFA Einreiseanträge von zwei Frauen (Mutter und Tochter) aus Syrien Ende November 2020 weiter. Erst im April 2021 setzte das BFA erste Verfahrensschritte und lud den zusammenführenden Mann zur Einvernahme vor.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.676.150 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Anfang März 2021 die Ausstellung einer Aufenthaltskarte als Angehöriger einer EWR-Bürgerin. Die MA 35 setzte zwischen Antragstellung und November 2021 keine Verfahrensschritte und verzögerte dadurch das Verfahren über mehrere Monate.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.675.674 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Mitte Oktober 2019 eine Daueraufenthaltskarte. Bis zur Ausgabe einer Einreichbestätigung mit Unterlagennachforderung Ende Februar 2020 setzte die MA 35 keine Verfahrensschritte. Seit den Unterlagenvorlagen im Mai und November 2020 bis zur erneuten Unterlagenanforderung im Oktober 2021 setzte die MA 35 keine Verfahrensschritte, was das Verfahren erheblich verzögerte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.675.495 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte im Jänner 2021 die Ausstellung eines Daueraufenthaltstitels. Bis zur Bearbeitung (Unterlagennachforderung bzw. Information zur Möglichkeit der Modifikation und Begleichung von Gebühren) Ende September 2021 setzte die MA 35 keine Verfahrensschritte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.673.122 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte Mitte Jänner 2021 eine Daueraufenthaltskarte. Bis zur Kontaktaufnahme Anfang November 2021 setzte die MA 35 trotz Anfragen über den Verfahrensstand und Antrag auf Ausstellung einer „Notvignette“ im Sommer keine Verfahrensschritte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.669.124 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Anfang März 2021 für seine Tochter eine Anmeldebescheinigung. Nach der vollständigen Unterlagenübermittlung Ende Juli 2021 bis zur Ladung zwecks Vorlage eines Reisepasses Ende September 2021 setzte die MA 35 keine Verfahrensschritte, was das Verfahren verzögerte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.651.136 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Aufenthaltstitelverfahren setzte die MA 35 in der Zeit von Ende Jänner und Anfang Mai 2021 sowie danach bis August 2021 keine verfahrensrelevanten Schritte. Weiters kritisierte die VA, dass die MA 35 erst im Oktober 2021, über acht Monate nach Antragstellung, einen Verbesserungsauftrag erteilte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.649.083 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte Ende April 2021 bei der MA 35 einen Aufenthaltstitel „Familienangehöriger“. Im Juni 2021 erkundigte sie sich bei der Behörde nach dem Verfahrensstand. Die MA 35 beantwortete die Verfahrensstandanfrage im September 2021. Erst im Oktober 2021 prüfte und bewilligte die Behörde den Antrag ohne seit der Antragseinbringung erkennbare Verfahrensschritte gesetzt zu haben.



Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.649.078 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte im August 2019 eine Aufenthaltskarte. Aufgrund des Verdachts einer Aufenthaltsehe, verständigte die MA 35 im Mai 2020 die Landespolizeidirektion (LPD). Der Bericht der LPD Wien langte bei der Behörde Anfang November 2020 ein. Seither steht das Verfahren offenbar still, da die MA 35 gegenüber der VA keine weiteren Verfahrensschritte angab.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.644.146 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte Ende Juli 2020 eine Anmeldebescheinigung. Bis zur Unterlagennachforderung Mitte Oktober 2020 setzte die MA 35 keine Verfahrensschritte. Sie urgierte in der Folge zwar die fehlenden Unterlagen (zuletzt im Mai 2021), setzte aber bis Mitte Oktober 2021 keine Verfahrensschritte. Unterlagen reichte die Frau Anfang Oktober 2021 nach.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.642.763 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Ende Dezember 2020 den Aufenthaltstitel „Familienangehöriger“. Seit der Unterlagenprüfung Ende Februar 2021 wurden bis zur Anfrage an die Pensionsversicherungsanstalt aufgrund des ungesicherten Lebensunterhalts sowie der Verständigung vom Ergebnis der Beweisaufnahme Mitte Juli 2021 keine erkennbaren Verfahrensschritte gesetzt und dadurch das Verfahren verzögert.
Fremdenpass – Verfahrensdauer 2021-0.642.364 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Der Antrag auf Ausstellung eines Fremdenpasses einer Frau aus Venezuela erreichte das BFA im März 2021. Erst mit Oktober 2021 verständigte das BFA die Antragstellerin vom Ergebnis der Beweisaufnahme. Das BFA überschritt daher die Entscheidungsfrist von drei Monaten gemäß Passgesetz um drei Monate.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.642.335 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Ende Dezember 2020 eine Daueraufenthaltskarte. Bis zur Aktenprüfung Mitte Juni 2021 setzte die MA 35 keine Verfahrensschritte. Nach der Unterlagenvorlage Anfang Juli 2021 nahm sie bis zur Befassung des BFA wegen Verdachts einer Aufenthaltsehe Mitte Oktober 2021 keine weiteren Verfahrenshandlungen vor.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.639.027 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte im Mai 2018 eine Aufenthaltskarte und berief sich auf seine Ehe mit einer EU-Bürgerin. Erst im Jänner 2019 verständigte die MA 35 die Landespolizeidirektion Wien vom Verdacht einer Aufenthaltsehe. Nachdem sich der Verdacht erhärtete und der Akt samt Erhebungsbericht im Mai 2019 bei der MA 35 einlangte, blieb diese bis September 2020 untätig. Insgesamt setzte sie über einen Zeitraum von zwei Jahren keine Verfahrensschritte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.626.344 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Daueraufenthaltstitelverfahren setzte die MA 35 von Oktober 2018 bis September 2021 keine nennenswerten Ermittlungsschritte und verursachte dabei eine Verfahrensverzögerung von insgesamt über drei Jahren. Gründe für diese Verfahrensstillstände wurden nicht genannt. Da die Betroffene Unterlagenforderungen nur unvollständig nachkam, informierte sie die VA über ihre Mitwirkungspflicht.
Probleme bei Terminanmeldung 2021-0.626.344 (VA/BD-I/C-1) 2021-0.625.478 (VA/BD-I/C-1) 2021-0.616.964 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Die VA erreichten mehrere Beschwerden, dass Fehlermeldungen die Terminbuchung über die Online-Plattform der MA 35 verhindern. Die Prüfung der VA ergab, dass die Problematik seit Ausbruch der Pandemie bekannt ist. Die massive Belastung aufgrund vermehrter Nutzung führte zu erhöhter Fehleranfälligkeit. Bis zur Einführung des Nachfolgeprojektes wurden Sofortmaßnahmen ergriffen, die bis zur finalen Lösung eine manuelle Eingabe der Datenbankeinträge ins Terminsystem erfordern. Die VA kritisierte die späte Reaktion der MA 35 und die „Übergangslösung“ (manuelle Eingaben), die einem Rückschritt im Licht des „Digitalen Amtes“ gleichkommt.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.621.491 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Verfahren zur Erteilung eines Daueraufenthaltstitels setzte die MA 35 von September 2020 bis November 2021, trotz mehrfacher Verfahrensstandanfragen des Antragstellers, keine Ermittlungsschritte und verursachte dabei eine Verfahrensverzögerung von über 13 Monaten.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.616.986 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Studentin beantragte Anfang Februar 2021 eine Aufenthaltsbewilligung. Anfang Mai 2021 forderte die MA 35 Unterlagen an. Diese langten aufgrund einer Nachfrage der MA 35 im Juli 2021 und September 2021 ein. Die Aufenthaltstitel gab die MA 35 erst im Oktober 2021 aus.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.615.335 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Verfahren zur Verlängerung einer „Rot-Weiß-Rot-Karte plus“ forderte die Landespolizeidirektion (LPD) den Akt wegen des Verdachts einer Aufenthaltsehe im September 2020 bei der MA 35 an. Obwohl die LPD bereits im März 2021 einen Abschlussbericht übermittelte und im April 2021 den Akt retournierte, setzte die MA 35 weder Ermittlungsschritte noch urgerte sie davor bei der LPD das Verfahren.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.604.609 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte einen Aufenthaltstitel durch Einwurf einer Reisepasskopie in den Amtsbriefkasten Anfang Juni 2020. Nach Aufforderung der MA 35 wurden Anfang Juli entsprechende Unterlagen nachgereicht. Der Akt ging verloren und wurde erst Mitte Oktober 2021 wieder bearbeitet. Die Verzögerung ist der MA 35 zuzurechnen.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.597.209 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Anfang März 2020 die Ausstellung einer Daueraufenthaltskarte als Angehöriger eines EWR-Bürgerin. Bis zu einer Unterlagennachforderung Ende April 2021 setzte die MA 35 keine Verfahrensschritte. Zwischen einer Unterlagennachreichung im Mai 2021 und der Kontaktaufnahme mit dem Antragsteller im September 2021 setzte die MA 35 keine weiteren Schritte.
Aufenthaltstitel – Ignorieren einer Vollmachtsbekanntgabe 2021-0.594.990 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Im April 2019 beantragte ein Mann bei der MA 35 eine Daueraufenthaltskarte. In diesem Verfahren stellte die VA einen Missstand hinsichtlich der Verfahrensdauer fest. Im Oktober 2020 übermittelte der Rechtsanwalt des Antragstellers der Behörde eine Vollmachtsbekanntgabe. Der zuständige Sachbearbeiter ignorierte diese jedoch, kontaktierte wiederholt den Betroffenen direkt und forderte diesen zu Nachreichung von Unterlagen auf.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.594.691 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Ende Februar 2021 die Zweckänderung seines Aufenthaltstitels auf eine „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“. Bis zur Bewilligung des Antrags Mitte August 2021 setzte die MA 35 keine Verfahrensschritte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.594.190 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Mitte Jänner 2021 die Ausstellung einer Daueraufenthaltskarte. Bis zu einer Unterlagennachforderung und der Befassung des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl Mitte Oktober 2021 setzte die MA 35 keine erkennbaren Verfahrensschritte.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.590.305 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte für sich und seine beiden Söhne die Verlängerung der Aufenthaltstitel Anfang November 2020. Nach einer weiteren Unterlagennachreichung Anfang Mai 2021 bis zur Aktenprüfung Anfang September 2021 setzte die MA 35 keine erkennbaren Verfahrensschritte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.588.348 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Aufenthaltstitelverfahren (Daueraufenthalt) setzte die MA 35 von März 2020 bis August 2021 keine Ermittlungsschritte und verursachte dabei eine Verfahrensverzögerung von über 17 Monaten. Gründe für diesen Verfahrensstillstand wurden nicht genannt. Da die Antragstellerin Unterlagen mehrfach nur verzögert vorlegte, informierte sie die VA über ihre Mitwirkungspflicht.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.586.836 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte Ende August 2018 eine Aufenthaltskarte unter Berufung auf die Freizügigkeit seiner österreichischen Gattin. Insbesondere nach der Unterlagennachreichung Ende September 2018 bis April 2019 und nach Vorlage einer Vollmachtsbekanntgabe Ende September 2019 bis zur Mittelung des Ergebnisses der Beweisaufnahme Mitte März 2020 setzte die MA 35 keine erkennbaren Verfahrensschritte. Zwischen November 2020 und September 2021 trat ebenfalls eine Verzögerung ein, die der MA 35 zuzurechnen ist.
Aufenthaltstitel – Nichtentgegennahme eines Antrages 2021-0.582.478 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Um bei der MA 35 für sich und ihre minderjährige Tochter einen Aufenthaltstitel beantragen zu können, wählte eine Frau online einen Termin für Mitte Juni 2021 aus. Dieser wurde von der Behörde bestätigt. Im Zuge der Antragstellung der minderjährigen Tochter weigerte sich jedoch die zuständige Sachbearbeiterin den Antrag entgegenzunehmen.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.561.407 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Eine Frau beantragte im Dezember 2019 eine Aufenthaltskarte aufgrund der Ehe mit einem EU-Bürger. Zwischen Unterlagenvorlage im Jänner und Nachforderung im Mai 2020 bzw. Ladung zur persönlichen Vorsprache im September 2020 setzte die MA 35 keine Verfahrensschritte. Nach Vorsprache im September 2020 und der Prüfung des Antrags sowie Befassung des BFA im November 2021 kam es zu keiner weiteren Bearbeitung des Verfahrens.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.531.761 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Im November 2019 beantragte eine Frau bei der MA 35 eine Aufenthaltsbewilligung „Student“. Da die Voraussetzungen nicht vorlagen, ersuchte die MA 35 das BFA im Februar 2020 um Überprüfung einer Aufenthaltsbeendigung. Weil die MA 35 der Frau vor der Verständigung des BFA keine Gelegenheit zur Stellungnahme einräumte, blieb der Lauf der gesetzlich vorgesehenen Entscheidungsfrist von maximal 90 Tagen unberührt. Im März 2020 leitete das BFA eine Aufenthaltsbeendigung. Nach der zweiten Verständigung über die Beweisaufnahme im April 2020, setzte es über ein Jahr lang keine Verfahrensschritte, obwohl die MA 35 im Jänner 2021 urgerte. Die MA 35 urgerte aber nur zögerlich und ließ zwischen den Urgezen mehrere Monate verstreichen. Zu den vier Urgezen bemerkte das BFA, dass zwei davon nicht nachvollziehbar wären.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.515.383 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte die Zweckänderung seines Aufenthaltstitels zur Aufenthaltskarte „Angehöriger eines EWR- oder Schweizer Bürgers“ im November 2020. Im Juni 2021 setzte die MA 35 den nächsten Verwaltungsschritt mittels Befassung der LPD Wien. Die Verfahrensverzögerung ist der MA 35 zuzurechnen.
Nichtentgegennahme einer Anzeige 2021-0.464.460 (VA/BD-I/C-1)	Bundesministerium für Inneres (BMI) Landespolizeidirektion (LPD) Wien	Bei einem Mann war während seines Krankenhausaufenthaltes in seine Wohnung eingebrochen und Geld gestohlen worden. Die Polizei habe jedoch keine Anzeige aufgenommen. Die Prüfung der VA ergab, dass die Polizei lediglich mit dem Erwachsenenvertreter gesprochen und keine weiteren Schritte gesetzt hatte. Die VA kritisierte, dass die Polizei keine Anzeige aufgenommen und an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet hatte. Dass der Mann seinen Erwachsenenvertreter und Sozialarbeiter verdächtigte, stellte sich allerdings erst im Zuge des Prüfverfahrens heraus.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.341.845 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	Ein Mann beantragte im Februar 2021 bei der MA 35 eine Daueraufenthaltskarte. Nachdem er fehlende Unterlagen Mitte April 2021 der Behörde übermittelte, setzte diese bis Mitte November 2021 keine erkennbaren Verfahrensschritte.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer 2021-0.319.408 (VA/BD-I/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem seit August 2020 bei der MA 35 anhängigen Aufenthaltstitelverfahren stellte die VA schon einmal einen Missstand wegen einer Verfahrensverzögerung betreffend den Zeitraum Oktober 2020 bis Mai 2021 fest. Im Zuge eines neuerlichen Prüfverfahrens zeigte sich, dass die MA 35 auch zwischen Mai 2021 und November 2021 keine erkennbaren Verfahrensschritte setzte.
Strafvollzug – Hausordnung-Internet 2022-0.034.719 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Im Jänner 2022 wurde die Hausordnung des Landesgerichts (LG) für Strafsachen Wien geändert, sodass für Besucherinnen und Besucher ohne Ladung seither ein 3G-Nachweis notwendig ist. Der Internetauftritt des LG für Strafsachen Wien wurde jedoch nicht zeitgleich angepasst. Mittlerweile wurde die fehlende Information nachgetragen.
Strafvollzug – Heizung in Justizanstalt 2021-0.869.890 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Mehrere Insassen der JA Wien-Mittersteig wandten sich an die VA. Sie gaben an, dass seit Wochen die Heizung in den Hafträumen während der Nachtstunden abgedreht sei. Das BMJ bestätigte, dass seit der Fertigstellung der Renovierungsarbeiten in der JA Wien-Mittersteig – aufgrund eines bedauerlichen Versehens – eine Heizungssperre während der Nachtstunden bestanden habe. Bei Bekanntwerden des Mangels sei dieser von Seiten der Anstalt unmittelbar behoben worden.
Datenschutzbehörde – Verfahrensdauer 2021-0.593.889 (VA/BD-J/B-1)	Datenschutzbehörde (DSB)	Anstatt die Beschwerdegegnerin an die ausständige Stellungnahme zu erinnern, räumte die DSB dem Beschwerdeführer das Recht zum abschließenden Parteiengehör ein. Erst in weiterer Folge fiel der DSB auf, dass die Stellungnahme der Beschwerdegegnerin noch aussteht und forderte diese erneut ein. Danach musste dem Beschwerdeführer erneut Parteiengehör eingeräumt werden. Das Übersehen der ausständigen Stellungnahme führte daher zu einer Verlängerung der Verfahrensdauer.
Eintragung von Fahrzeugdaten in Genehmigungsdatenbank 2021-0.766.049 (VA/BD-V/C-1)	Magistratsabteilung (MA) 46 Wien	Die VA beanstandete Verzögerungen und Unklarheiten im Zuge eines Verfahrens nach dem Kraftfahrzeuggesetz, die der Wiener Landesfahrzeugprüfstelle zuzurechnen sind. Die Behörde kündigte eine Überprüfung der internen Abläufe an.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Ausstellung eines Taxilenkerausweises 2021-0.583.109 (VA/BD-V/C-1)	Landespolizeidirektion (LPD) Wien	Die LPD Wien wies einen Antrag auf Ausstellung eines Taxilenkerausweises ab. Sie wies bloß auf verhängte Verwaltungsstrafen mangels Vertrauenswürdigkeit hin, ohne die Entscheidung nachvollziehbar zu begründen. Insbesondere war die LPD im verfahrensabschließenden Bescheid nicht auf die Argumente des Antragstellers eingegangen. Demnach habe es sich lediglich um geringfügige Verwaltungsübertretungen gehandelt, die auf seine erhebliche Fahrleistung als Berufskraftfahrer zurückzuführen wären. Der Betroffene kündigte einen neuen Antrag an.